

**Am 11. September 2011:  
Alle Stimmen für die CDU!**



**CDU Kreisverband Hannover-Stadt**

Walderseestraße 21

30177 Hannover

Telefon: (0511) 39787-0

info@cdu-hannover-stadt.de

www.zukunft-hannover.de



**CDU** HANNOVER

[www.zukunft-hannover.de](http://www.zukunft-hannover.de)

# KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2011 FÜR HANNOVER



**CDU**

HANNOVER

**Am 11. September 2011:  
Alle Stimmen für die CDU!**



[www.ZUKUNFT-HANNOVER.de](http://www.ZUKUNFT-HANNOVER.de)





## KOMMUNALWAHL AM 11.09.2011

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

herzlichen Dank für Ihr Interesse an dem Wahlprogramm der CDU Hannover! Die Kommunalwahl am 11. September 2011 ist weichenstellend für Hannover. Diese Weichen stellen Sie. Sie bestimmen mit Ihren Stimmen für den Rat der Landeshauptstadt Hannover und die Stadtbezirksräte die Grundsätze der Politik für Hannover in den kommenden fünf Jahren.

Warum CDU wählen? Hannover ist eine großartige Stadt. Aber Hannover ist nicht nur die Landeshauptstadt unseres wunderschönen Landes Niedersachsen. Hannover ist Heimat, Arbeitsort und Lebensmittelpunkt für rund eine halbe Million Menschen verschiedenster Herkunft, Altersgruppen und Erwartungen an ihre Wohnumgebung. Diese Vielfalt ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Hannover braucht eine Politik, die dieser Herausforderung Rechnung trägt.

Die CDU Hannover betrachtet Hannovers Vielfalt zugleich als Verpflichtung und Chance. Stellvertretend steht dafür mit seiner Erfahrung und Kompetenz Jens Seidel, der Spitzenkandidat für die Kommunalwahl 2011, Rats Herr und Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover.

Geben Sie der CDU im Rat und in den Bezirksräten die notwendige Stärke, Hannover voranzubringen. Die bloße Verwaltung seit Jahrzehnten liebgewonener Strukturen, Posten und Einflussmöglichkeiten bringt unser Hannover nicht voran und löst keine Zukunftsfragen. Hannover braucht Sie und Hannover braucht frischen Wind durch die CDU – helfen Sie uns dabei mit Ihren Stimmen!

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung. Ihr Vertrauen ist uns Verpflichtung!

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dirk Toepffer'.

Dirk Toepffer, MdL  
Vorsitzender der CDU Hannover



## POLITIK BEDEUTET TEILHABE!

### WOHER KOMMT DIESES PROGRAMM UND WAS SOLL ES LEISTEN?

Von „Die machen sowieso, was sie wollen“, über „Die wichtigen Entscheidungen werden in Hinterzimmern ausgekegelt“ bis hin zu „Außer vor Wahlen haben die es nicht nötig, mit den Wählern zu sprechen“ reichen die gängigen Vorurteile, die wir alle kennen. Die CDU Hannover setzt dagegen auf Transparenz.

Programme, die nicht auf einer breiten Basis stehen, werden nicht gelesen und bewirken nichts. Deshalb hat die CDU Hannover mit einer Reihe öffentlicher Themenparteitage einen anderen Weg gewählt als bisher. Während dieser Themenparteitage sind seit Februar diesen Jahres die Standpunkte und Ziele der CDU für die kommende Wahlperiode breit diskutiert und mit überwältigenden Mehrheiten verabschiedet worden. Basis dieser Diskussionen waren zuvor in Arbeitsgruppen erarbeitete Leitanträge. Diese Arbeitsgruppen waren Parteimitgliedern und interessierten Nichtmitgliedern gleichermaßen zugänglich.

Nunmehr bilden die auf den Themenparteitagen diskutierten und verabschiedeten Leitanträge das Rückgrat des Kommunalwahlprogramms, das Sie in Händen halten. Einzelheiten zur Entstehung des Programms finden Sie unter [www.zukunft-hannover.de](http://www.zukunft-hannover.de).

Dieser einmal begonnene Diskussionsprozess soll nicht etwa mit dem Tag der Kommunalwahl sein Ende finden. Vielmehr hoffen wir auch darüber hinaus auf eine Vielzahl von Anregungen und Ideen. Unser Ziel ist ein ständiger und lebendiger Austausch, damit Sie sich durch die Standpunkte der CDU Hannover und durch die von uns allen am 11. September zu wählenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bestmöglich vertreten fühlen.

Das vorliegende Programm hat der Kreisparteitag der CDU Hannover am 18.08.2011 einstimmig verabschiedet. Wir danken allen Mitgliedern der Stadtgesellschaft, auch außerhalb unserer Partei, die an den vorbereitenden Diskussionen teilgenommen haben, wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen!

## INHALT

Politik bedeutet Teilhabe! .....	4
1. Familienpolitik als Standortfaktor .....	6
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Gleichstellung praktisch durchsetzen! .....	6
3. Kinder- und Jugendpolitik: Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche! .....	7
4. Seniorenpolitik: Für ein harmonisches Miteinander! .....	8
5. Sozialpolitik: Neue Solidarität der Stadtgesellschaft – aus sozialer Verantwortung für Hannover .....	8
6. Schule und Bildung: Breites Bildungsangebot – Chancen für alle! .....	13
7. Migrationspolitik: Hannover kann Heimat! .....	15
8. Wirtschaft: Motor der Zukunft! .....	16
9. Verkehrspolitik: Bewegungsfreiheit für alle! .....	19
10. Umweltschutz: Natürlich für Hannover! .....	21
11. Stadtentwicklung: Hannover – Eine Stadt mit Zukunft! .....	22
12. Sicherheit und Sauberkeit: Unsere schöne Stadt! .....	25
13. Kultur: Tradition und Moderne verbinden .....	25
14. Haushalt und Finanzen: Solide Finanzpolitik sichert Hannovers Zukunft! .....	28
15. Sport: Hannover bewegen! .....	28
16. Bürgernahe Verwaltung: Guter Service! .....	29
17. Bezirksräte: Starke Politik vor Ort! .....	29



## 1. FAMILIENPOLITIK ALS STANDORTFAKTOR

Förderung und Unterstützung aller Familien ist wesentlicher Faktor der Bestimmung von Lebensqualität einer Stadt. Sie ist darüber hinaus zentrales Argument für die Gewinnung neuer und den Verbleib bestehender Unternehmen und Arbeitskräfte; dies gilt in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels noch verstärkt.

Die CDU will deshalb familiäre Strukturen unabhängig von individueller sozialer Schwäche fördern; für uns ist Familienpolitik Strukturförderung für die Stadtgesellschaft und mehr als Reparaturbetrieb für soziale oder wirtschaftliche Schwäche.

Beruf und Familie müssen vereinbar sein; genauso wie die vorübergehende Pflege von Angehörigen nicht die Aufgabe der Berufstätigkeit zur Folge haben darf. Deswegen tritt die CDU dafür ein, Kinderbetreuung zum Markenzeichen der Stadt Hannover zu machen: Mit einer Krippe für jedes Kind, möglichst schon vor 2013, mit der Garantie eines Kindergartenplatzes in Vollzeitqualität, mit einer Schulkinderbetreuung, die Horte nicht wie Rot/Grün blockiert, sondern dort einrichtet, wo ganztägige Betreuung, auch in den Ferien gebraucht wird, und einem neuen Anmeldesystem, das serviceorientiert für Eltern Mehrfachmeldungen vermeidet und Übersichtlichkeit und Verbindlichkeit schafft. Wir wollen die Förderung von Betriebskitas ausbauen und – in Zusammenarbeit mit interessierten Betrieben – Modelle für eine Unterstützung pflegender Beschäftigter erproben.

Familien brauchen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum. Deswegen muss die Ausweisung neuer Wohnbauflächen – auch bei der Umwandlung von Altflächen – an günstigen Wohnlösungen für Familien ausgerichtet werden. Vor allem günstige Reihenhäuser u. ä. helfen jungen Familien, in der Stadt wohnen bleiben zu können. Die CDU will dieses verstärken und deshalb den Kinder-Bauland-Bonus ausweiten und gemeinsam mit Bauträgern preiswerte Modelle für das Familienwohnen entwickeln.

## 2. VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF: GLEICHSTELLUNG PRAKTISCH DURCHSETZEN!

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist zu Lasten der Frauen im Berufsleben noch längst nicht verwirklicht, obwohl viele Frauen so gut ausgebildet sind wie nie zuvor. Die Stadt Hannover muss darauf auch bei vordergründig nicht gleichstellungsrelevanten Vorhaben reagieren.

Eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur durch Maßnahmen der Familienpolitik sicherzustellen und beschränkt sich auch nicht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichstellung ist vielmehr ein Querschnittsauftrag für alle Politikfelder. Die CDU Hannover versteht daher Frauenpolitik und Gleichstellung als gesellschaftliche Aufgabe!

Daraus leitet die CDU Hannover folgende Handlungsempfehlungen für eine Neuausrichtung der kommunalen Gleichstellungspolitik ab:

### **Bildung**

Bildung ist für die CDU Hannover eines der zentralen Handlungsfelder mit stark gleichstellungspolitischen Bezügen. Die Stadt Hannover wird aufgefordert, in Kindertageseinrichtungen und Schulen Programme zu installieren, die Kindern und Jugendlichen ein partnerschaftliches Rollenverständnis vermitteln. Dadurch sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer derartiger Programme befähigt werden, die komplexen Herausforderungen gesellschaftlicher Partizipation in der eigenen Biographie eigenverantwortlich zu meistern. Initiativen wie „Mehr Männer in Kitas“ und Maßnahmen, die zur Ergreifung geschlechtsatypischer Berufe beitragen und eine aktive Jungen- und Männerpolitik fördern, sind administrativ zu fördern.

### **Berufliche Qualifikation und Karriere**

Männer und Frauen sind zu befähigen, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen und eine eigene soziale Sicherung aufzubauen. Daher sind berufliche Qualifikationen gleichermaßen zu schätzen und zu entgelten.

Die CDU Hannover will den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst maßgeblich erhöhen. Dazu sind auch auf kommunaler Ebene die Ursachen und Barrieren für die mangelnde Präsenz von Frauen in Führungspositionen zu überwinden. Die CDU Hannover will daher das Engagement

von Unternehmen für die Förderung der Karrierechancen von Frauen sichtbar machen und Perspektiven für den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf fördern. Der öffentliche Dienst soll in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion ausüben in Sachen Frauenquote, Veränderung der Unternehmenskultur durch flexible Arbeitszeiten und Entgeltgleichheit.

### **Wahrnehmung von Sorge- und Erwerbstätigkeit**

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich an die rasante Entwicklung im Zuge des demografischen Wandels unserer Gesellschaft anzupassen. Die CDU Hannover will, dass Kindererziehung und Pflegeaufgaben nicht nachrangig zur Erwerbsarbeit übernommen werden müssen, sondern neben der Erwerbsarbeit wahrgenommen werden können. Dazu sind in der Landeshauptstadt Möglichkeiten für eine Kinderbetreuung zu flexiblen Zeiten zu schaffen. Ziel ist es, dass im kurzfristigen Bedarfsfall für Kinder eine „Rund-um-die-Uhr“-Betreuung möglich ist. Ebenso sollte es ausreichend Pflegeplätze geben, in denen zu pflegende Angehörige, bei denen die Pflegeperson kurzfristig verhindert ist, betreut werden können. Dafür sind zur Steigerung der Standortattraktivität in Zusammenarbeit mit der Region Hannover auch Plätze für noch nicht ortsansässige Bewerberinnen und Bewerber zu schaffen.

### **Sicherheit**

Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Lebensverlauf setzen voraus, dass beide Geschlechter ein Leben frei von Gewalt führen können. Die CDU fordert die Landeshauptstadt Hannover auf, Programme zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen fortzuführen. Maßnahmen zur Abwendung und Vermeidung von Gewalt in der Öffentlichkeit bspw. durch das Anti-Aggressions-Training für Männer sind zu verstärken, der Notruf und Beratungs- und Betreuungsangebote für Gewaltopfer sowie Zufluchtsstätten sind zu erhalten und zu fördern.

## **3. KINDER- UND JUGENDPOLITIK: MEHR CHANCEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE!**

In den letzten Jahren haben sich die persönlichen Leitbilder verändert. Klassische Rollenmuster werden mehr und mehr durchbrochen. Es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter und Väter; Elternteile gründen mit anderen Part-

nern eine neue Familie. Darüber hinaus beginnen Eltern nach der Geburt ihrer Kinder tendenziell immer früher wieder zu arbeiten.


Deshalb fordert die CDU den weiteren Ausbau von Krippen- und Krabbelplätzen. Dabei steht der gesetzliche Auftrag, bis 2013 für alle Kinder ab einem Jahr einen Betreuungsplatz einzurichten, im Vordergrund. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt eine bedarfsgerechte Versorgung mit Krippen- und Krabbelplätzen voraus. Wir setzen uns außerdem für Öffnungszeiten der Kitas, die an die tatsächlichen Arbeitszeiten von berufstätigen Eltern angepasst sind, ein.

Angesichts der in Hannover gestiegenen und weiter steigenden Kinderzahl befürchten wir allerdings, dass der geplante Ausbau der Betreuungsplätze unzureichend ist. Deshalb wollen wir nicht nur weitere Betreuungsplätze schaffen, sondern auch eine qualitative Verbesserung der Betreuung erreichen. Dies möchten wir einerseits mit einem verstärkten Einsatz von mehr Erziehern erzielen – Kinder benötigen auch eine männliche Bezugsperson. Die CDU fordert mehr fachliche Weiterbildung von Betreuungskräften z.B. bei der Sprachförderung und interkultureller Kompetenz.

Außerdem fordert die CDU, die bestehenden Hortplätze zu erhalten und weiter auszubauen. In den Horten werden Grundschülerinnen und Grundschüler nach der Schule ausschließlich durch gut ausgebildete Fachkräfte betreut. Gleichzeitig bieten Ganztagsgrundschulen eine Nachmittagsbetreuung für Kinder bis zur vierten Klasse an.

Besonders im Hinblick auf die schon jetzt große Nachfrage will die CDU den Eltern weiterhin die Wahlfreiheit lassen, ob sie ihr Kind nachmittags in der Ganztagsgrundschule oder im Hort betreuen lassen. Eltern und Ehrenamtliche, die bei der Nachmittagsbetreuung in Ganztagsgrundschulen mitwirken, leisten hervorragende Arbeit. Wir halten daher die Horte für eine optimale Ergänzung zur Nachmittagsbetreuung, da dort alle Kinder fachgerecht betreut und auf deren individuelle Bedürfnisse optimal eingegangen werden kann. Deshalb fordern wir, beide Angebotsformen parallel aufrecht zu erhalten. Auch darüber hinaus sind Spielflächen und Platzangebote für Kinder im Interesse einer familienfreundlichen Stadt auszuweiten.

Jugendverbände leisten eine hervorragende Arbeit. Dies geschieht sowohl vor Ort in den einzelnen Stadtteilen, als auch beispielsweise auf Jugendfreizeiten. Sie unterstützen junge Menschen in ihrer Entwicklung zu Erwachsenen und vermitteln Werte wie Nächstenliebe und menschl-



ches Miteinander. Sie bieten aber beispielsweise auch Kenntnisse über Natur, Tiere und Pflanzen und setzen somit ein wünschenswertes Zeichen gegen unsere schnelllebige Medienkultur sowie unsere individualisierte Gesellschaft. Kindern und Jugendlichen aus Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf geben sie zudem Halt und oftmals sogar auch ein zweites Zuhause.

Mit all ihren Aktivitäten stehen diese Jugendverbände in engem Kontakt zu Kindern und Jugendlichen und wissen deshalb sehr genau, wo schwierige Situationen bestehen bzw. sich entwickeln. Dadurch können sie zeitnah auf mögliche Trends in der Jugendkultur reagieren und ihre Arbeit auf problematische Situationen ausrichten.

Diese Arbeit unterstützen wir nachhaltig. Die CDU fordert daher, Jugendverbänden und Elterninitiativen städtische Räumlichkeiten kostengünstig anzubieten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung zur Gewährleistung eines finanzierbaren und breiten Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche.

#### **4. SENIORENPOLITIK: FÜR EIN HARMONISCHES MITEINANDER!**

In Hannover zeigen sich schon heute die ersten Auswirkungen des demografischen Wandels. Es ist zu erwarten, dass die Bevölkerungszahlen weiter zurückgehen werden und der Anteil an Älteren in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen wird. Vor diesem Hintergrund nimmt die CDU die Probleme der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr ernst.

Die CDU fordert, künftig mehr Wohnungen altengerecht auszubauen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Altbauten barrierefrei umgebaut werden und in Neubauten seniorenebenso wie behindertengerechtes Wohnen ermöglicht wird.

Da viele Seniorinnen und Senioren in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist es zudem zwingend notwendig, dass eine ausreichende soziale Infrastruktur, z. B. an Nahversorgern und Arztpraxen in der unmittelbaren Wohnumgebung erhalten bleibt. Die CDU setzt sich weiter für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ein, damit auch ältere Menschen in der Stadt mobil sind und bleiben können.

Die CDU will erreichen, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben

können. Deshalb sollen generationsübergreifende Patenschaften etabliert, nachbarschaftliche Hilfsdienste unterstützt und Mehrgenerationenhäuser eingerichtet werden. Die Menschen verschiedener Generationen sollen sich gegenseitig helfen und aufeinander zugehen können.

Die CDU setzt sich zudem dafür ein, dass behinderte Menschen nicht ausgegrenzt werden. Behinderte Menschen sollen in die Gesellschaft integriert sein und dürfen sich nicht diskriminiert fühlen.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass der Hannover-Aktiv-Pass auch Familien mit geringem Einkommen zur Verfügung gestellt wird. Mit dem Hannover-Aktiv-Pass, wollen wir diesen Familien Chancen und Möglichkeiten eröffnen, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote wahrzunehmen. Die CDU fordert darüber hinaus einen weiteren Ausbau der Seniorenbüros.

#### **5. SOZIALPOLITIK: NEUE SOLIDARITÄT DER STADTGESELLSCHAFT – AUS SOZIALER VERANTWORTUNG FÜR HANNOVER**

Die Sozialpolitik der Stadt Hannover steht vor großen Herausforderungen:

Die Folgen der demographischen Entwicklung mit einer immer älter werdender Bevölkerung haben die Stadt Hannover in voller Konsequenz erreicht. 25 Prozent aller Menschen in Hannover sind 60 Jahre oder älter (126.700 Personen). Ca. 6 Prozent sind über 80 Jahre (28.700 Personen).

Demographische Entwicklung, gesellschaftliche Dynamik und berufliche Mobilität führen heute dazu, dass in Hannover 55 Prozent aller Haushalte so genannte „Singlehaushalte“ sind. Nur 60 Prozent aller Kinder wachsen mit Geschwistern auf. 23 Prozent der Kinder leben in Haushalten, die staatliche Transferleistungen empfangen. Diese Kinder bedürfen unserer besonderen Unterstützung.

Immer weniger Menschen wohnen in Familienverbänden mit zwei oder drei Generationen. Auch die Nähe von Verwandten und Bekannten im gleichen Haus, den gleichen Straßen oder der unmittelbaren Nachbarschaft wird weniger. Die Unterstützung in Familienverbänden nimmt ab und kann durch klassische Nachbarschaft, wie früher üblich, kaum noch kompensiert werden.

Die Migrationsbewegung ist in Hannover angekommen. Jeder vierte Bewohner der Stadt und 41 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund. 20 Prozent der Kinder haben Sprachprobleme. Etwa 400 Jugendliche verlassen jährlich in Hannover die Schule ohne Hauptschulabschluss. Darunter sind weit überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Dieser „Teilhabearmut“, der fehlenden Teilhabe an gesellschaftlichen Chancen, wird in Hannover nicht konsequent entgegen gewirkt. Hier besteht eine zentrale strategische Aufgabe in der Sozialpolitik für Hannover.

Neben der Entfamiliarisierung und der Migration erlebt Hannover einen dramatischen Wandel der Einwohnerstruktur. In Hannover lebt eine steigende Anzahl älterer, häufig alleinstehender Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne ortsansässige Verwandtschaftsstrukturen. Hier geht es weniger um materielle Probleme wie z.B. die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung. Es geht zentral um die Frage, wie neue Strukturen geschaffen werden können, die bereit stehen, wenn im Alter keine Hilfe, Kontakte und Beratung zur Verfügung stehen.

Für diese die Zukunft der Stadtgesellschaft bestimmen Fragen haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen bisher keine zukunftsweisenden Antworten gegeben. Die CDU legt hierzu eine zukunftsorientierte Strategie vor. Mit einem Bündel von Maßnahmen wird den negativen Folgen der demographischen Entwicklung und der dadurch ausgelösten gesellschaftlichen Dynamik entgegen gewirkt. Die CDU wird ihre sozialpolitischen Aktivitäten darauf ausrichten, nachbarschaftliche Strukturen verstärkt zu fördern und Gemeinschaftserleben in den Wohnquartieren dort anzuregen, wo diese sich nicht von selbst ergeben. Die CDU will damit der Vereinsamung entgegenwirken und ein selbstbestimmtes Leben im Alter sicherstellen.

Mit sozialpolitischen Maßnahmen ist den negativen Folgen der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken.

## 5.1 EHRENAMT UND NACHBARSCHAFT – BRÜCKEN IN DER STADTGESELLSCHAFT

Speziell für Kinder und ältere Menschen ist Nachbarschaft nach wie vor von großer Bedeutung. Nachbarschaft braucht Räume. Gemeinschaftsraum schafft Gemeinschaft und damit ein haltbares soziales Netzwerk.

Investitionen in derartige Gemeinschaftsräume sind Zukunftsinvestitionen in Gemeinschaft, Nachbarschaft und junges Familienleben in Hannover.

Raum dafür bieten Plätze, Wege, Gärten und Spielplätze. Junge Familien wünschen sich, Beruf, Kindererziehung und Familie praktisch mit einander vereinbaren zu können. Kurze innerstädtische Wege zur Arbeitsstelle, zum Kindergarten und zur Schule helfen dabei. Moderne Formen der Nachbarschaft und haushaltsübergreifende Netzwerke wachsen, wenn junge Familien als attraktive Zielgruppe und lebendige Bürger in Hannover gehalten bzw. für Hannover gewonnen werden können.

Die Stadtplanung muss sich aber auch auf den wachsenden Bedarf der älter werdenden Bevölkerung ausrichten und die Beteiligungsprozesse mit Älteren intensivieren. Barrieren müssen wo immer möglich reduziert werden. Dafür fordert die CDU Hannover,

- das Quartiersmanagement auszubauen,
- Nachbarschaftsinitiativen zu fördern,
- den Ausbau von Gemeinschaftsflächen zu verstärken,
- die Stadtplanung auf den wachsenden Bedarf der Älteren ausrichten, Barrieren wo immer möglich zu reduzieren, z. B. durch eine rutschfreie Pflasterung auf den Plätzen und Gehwegen in der Innenstadt und in den Stadtteilen,
- den Beteiligungsprozess mit Seniorenbeirat und anderen Organisationen zu verbessern und
- das Programm „Grundstücke für junge Familien“ wieder auszubauen und zu ergänzen um Lösungsansätze für eine bedarfsgerechte Zusammenlegung benachbarter Wohnungen für Familien mit Kindern.

Nachbarschaft schafft Räume – für bürgerschaftliches Engagement. Das Potenzial an Erfahrung, Wissen und Engagement sowohl von Seniorinnen und Senioren als auch von jungen Leuten muss in Hannover stärker in die bürgerschaftliche Arbeit zur Gestaltung der Stadtgesellschaft integriert werden. Durch geeignete Angebote sollen die Generationen verstärkt voneinander profitieren und ihre Lebensführung gegenseitig bereichern.

Für ältere Menschen bietet bürgerschaftliche Arbeit die Chance für persönliches Engagement und damit das Gefühl, gebraucht zu werden. Gleichzeitig wirkt es möglicher Vereinsamung entgegen. Für jüngere Menschen

bietet diese ehrenamtliche Arbeit die Chance, sich einzubringen, mit zu gestalten und Erfahrungen zu sammeln. Diese ehrenamtliche Tätigkeit entspricht dem christlichen Grundgedanken der Nächstenliebe und ist Kern und Triebfeder in nachbarschaftlichen Netzwerken.

Daher fordert die CDU Hannover,

- die Voraussetzungen für zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeiten zu schaffen, um den zukünftigen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu sichern; bei der Finanzierung dieser Aktivitäten sind die freien Träger besonders zu berücksichtigen,
- Kindertagesstätten zu Familienzentren auszubauen, in denen nicht nur drei Generationen zusammen leben und arbeiten, sondern Angebote im kulturellen, sprachlichen und sportlichen Bereich unterbreitet werden,
- in Grundschulen als Ganztagschulen die Möglichkeiten zu schaffen, dass Seniorinnen und Senioren und junge Menschen das Betreuungsangebot mit unterschiedlichsten Aktivitäten erweitern und bereichern und
- die Erfahrungen des Modellprojektes Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren, in dem sich Ältere über einen längeren Zeitraum im sozialen, kulturellen und Umweltbereich engagieren, konsequent umzusetzen.

## 5.2 SOZIALES UND WIRTSCHAFT – ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für die Generation der gut ausgebildeten Frauen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen wollen und sollen, steht und fällt ihr Einsatz mit der Kinderbetreuung. Daher fordert die CDU, das Kindertagesstättenprogramm weiter auszubauen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Weitere Schwerpunkte sind bei Krippen, Krabbelgruppen und Horten zu setzen. Der Ausbau von Ganztagschulen ist voranzutreiben.

Die bürokratisierte Zugangspolitik zu Kindergartenplätzen muss abgeschafft werden.

Eine moderne Familienpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Eltern bereits kurz nach der Geburt ihres Kindes nach ihren Betreuungswünschen – vor allem im Krippen-

bereich – befragt werden. Dies hat zum Ziel, den Bedarf frühzeitig zu erfassen und genügend Plätze vorhalten zu können, um auf diese Weise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Beispielsweise die Vergabe von Krippen- und Kindergartenplätzen an im Herbst und Winter geborene Kinder bedarf der Verbesserung.

Eine zentrale, internetbasierte Datenbank zur Erfassung von Anmeldungen sämtlicher Kinderbetreuungs- und Tagespflegeeinrichtungen unterstützt dieses Ziel ebenfalls. Alle Einrichtungen, die Zuschüsse von der LHH erhalten, werden verpflichtet, diese zentrale Anmeldeplattform zu nutzen. Damit wird eine schnelle und unbürokratische Platzvergabe gewährleistet.

Horte sind weiterhin vorzuhalten. Sie dürfen nicht aufgelöst werden, solange es kein lückenloses Netz von Ganztagsschulangeboten gibt und diese ein quantitativ und qualitativ mindestens gleichwertiges Betreuungsangebot vorhalten. Generell muss es immer eine Betreuung geben, die auch nach 15 Uhr gewährleistet ist. Eine adäquate Ferienbetreuung muss in jedem Fall sichergestellt sein, damit berufstätigen Eltern auch während der Ferienzeit, die nicht mit den Urlaubsansprüchen Berufstätiger übereinstimmt, ein ausreichendes Bildungs- und Erziehungsangebot für ihre Kinder zur Verfügung steht.

### Häusliche Pflege

Häusliche Pflege wird fast immer von Frauen geleistet. Da die betroffenen Frauen mit Familie, Pflege und Einsatz am Arbeitsplatz einer enormen Mehrfachbelastung ausgesetzt sind, müssen neue konzeptionelle Strukturen der häuslichen Pflege entwickelt werden. Diese Aufgabe wird die CDU in Zusammenarbeit mit Unternehmerverbänden, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Gewerkschaften in Angriff nehmen.

### Ältere Menschen im Wirtschaftsprozess

Ältere Menschen verfügen über eine lange Einkaufs- und Konsumerfahrung. Bei der wachsenden Zahl der Ruheständler gibt es jedoch viele Menschen, die sich nicht auf ihre Rollen als Konsumenten beschränken, sondern gern auf freiwilliger Basis über die gesetzliche Altersgrenze hinaus arbeiten möchten. Damit wirken sie zum einen der drohenden Vereinsamung entgegen, die droht, wenn man aus dem Arbeitsleben und damit aus seinem beruflichen Umfeld heraus muss. Zum anderen können sie auf diese Weise bei geringem Ruhegeld noch etwas hinzu verdienen, um ihren bisherigen Lebensstandard nicht zu sehr zu verlieren. Daher wird die CDU prüfen, welche rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten bestehen, um die-

ser Personengruppe einen Zuverdienst in geringem Umfang (ca. 100,00 € pro Monat) auf kommunaler Ebene zu ermöglichen.

## 5.3 TEILHABE ÄLTERER MENSCHEN

In Hannover leben immer mehr Menschen, die kaum oder keinen Kontakt zur Stadtgesellschaft haben. Sie haben häufig wenig Kenntnis über die sozialen Hilfesysteme, die zur Unterstützung und Hilfe, z.B. bei Demenz und bei der Pflege, zur Verfügung stehen. Besonders ältere Migrantinnen und Migranten haben neben den unmittelbaren häuslichen Kontakten kaum Bezug zum Leben in der Stadt. Diese Menschen sind fast immer nur über ihre Muttersprache zu erreichen.

Daher fordert die CDU, die Einstellungspolitik der Stadt Hannover entsprechend anzupassen, um gezielter über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die jeweiligen Muttersprachen sprechen und den kulturellen Hintergrund verstehen, diesen Personenkreis ansprechen zu können.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund bieten aber auch Ressourcen für den Integrationsprozess in Hannover, wenn es gelingt, sie für bürgerschaftliche Tätigkeiten zu gewinnen. Dies wird nur mit Hilfe der Selbstorganisation dieser Personenkreise gelingen. Daher fordert die CDU, die Arbeit der Migranten-Selbsthilfe-Organisationen („MISO“) nachhaltig zu unterstützen.

## 5.4 DIALOG DER GENERATIONEN

Die vielfältigen Chancen der Zusammenführung der Generationen in Hannover müssen besser genutzt werden. Dabei spielen die Pflegeeinrichtungen in den Stadtteilen eine wesentliche Rolle. Sie könnten als Zentren der Begegnung fungieren, wenn sie sich der Stadtteilgesellschaft öffnen. Die verschiedenen neuen Möglichkeiten, die die Bürgerarbeit bietet, können ebenfalls einen Beitrag dazu leisten. Daher fordert die CDU, schrittweise in jedem Stadtteil eine Begegnungsstätte der Generationen einzurichten.

Seniorenbüros sind ein unverzichtbarer Teil im sozialen Netzwerk der Stadtteile. Um den Bedarf an Information

und Hilfestellung sicherzustellen, sind neue Modelle zu entwickeln, die die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit fördern und den jeweiligen Raumbedarf befriedigen. Daher wird die CDU dafür eintreten, dass entsprechend neue Modelle initiiert und die Ergebnisse nach Möglichkeit in jedem Stadtteil umgesetzt werden.

## 5.5 NICHT FÜR, SONDERN MIT BEHINDERTEN

In Hannover muss die Inklusion stärker als bisher vorangetrieben werden. Der Fokus darf nicht allein bei Schulen liegen, sondern genauso bei Kultur, Sport, Freizeitgestaltung und allen Formen der Begegnung in der Stadtgesellschaft.

Die notwendigen Voraussetzungen dazu sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu schaffen. Dazu gehören beispielhaft folgende Maßnahmen:

- praktisches Umsetzen des Wahlrechts für Blinde;
- Barrierefreiheit muss mehr sein als rollstuhlgerechtes Bauen;
- Wohnraum, in dem Behinderte selbstbestimmt leben können;
- Standards in allen öffentlichen Gebäuden sind auf vielfältige Arten und Formen von Behinderungen abzustimmen.

Inklusion muss das Regelsystem sein, das aber die individuelle Förderung, gerade in jungen Jahren, nicht außer Acht lässt. Ziel muss es sein, ein gemeinsames Leben in und mit der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Die CDU wird daher dafür eintreten,

- die baulichen Standards in öffentlichen Gebäuden für alle Behinderten weiter zu entwickeln,
- das „Marburger Modell“ für Blinde in Hannover zu erproben,
- bei Wahlen auch Blinden eine geheime Wahl zu gewährleisten und
- die bisherigen Hilfeangebote beim Ausbau behindertengerechter Wohnungen auszubauen.

## 5.6 DEMENT, ABER NICHT ALLEIN

Demenz führt zu erheblichen Schwierigkeiten im täglichen Leben und mit der Umgebung. Demenzkranke Menschen fühlen sich nicht mehr verstanden, können sich im Alltag auch nicht mehr adäquat bewegen. Die Möglichkeiten der Selbstversorgung sind eingeschränkt. Es besteht ein täglicher Hilfebedarf.

Da die Zahl der alleinstehenden Personen auch in Hannover ständig zunimmt, familiäre soziale Netze im Alter jedoch häufig immer dünner werden, ist hier die Stadtgesellschaft gefordert. Um die Versorgung der Demenzen sicherzustellen, sind neben den professionellen medizinischen Hilfen besonders in der hauswirtschaftlichen Versorgung und in der Hilfe im täglichen Leben nachbarschaftliche Hilfen zu organisieren.

Um Verständnis für Demente zu entwickeln und damit auch besser helfen zu können, ist Aufklärung durch Information und Beratung zwingend erforderlich. Sie sind und bleiben Teil unserer Stadtgesellschaft. Bei der stets steigenden Zahl von Demenzen muss sichergestellt sein, dass dieser Personenkreis aktive und anerkennende Unterstützung erhält.

Die CDU wird daher die Verwaltung auffordern, ein entsprechendes Informations- und Beratungssystem aufzubauen, Freundes- und Nachbarschaftshilfen zu fördern und Fortbildungs- und Betreuungsangebote für Familienmitglieder oder Dritte zu unterstützen.

## 5.7 TRANSPARENZ IN DER PFLEGE – WEITERENTWICKLUNG DER PFLEGE; „FIT IM ALTER“!

In Hannover gibt es ein unüberschaubares Angebot an Pflege. Daher sind Strukturen zu schaffen, die den Angehörigen von zu pflegenden Menschen die Möglichkeit geben, zielgerechte Pflege abzufragen. Die dazu notwendige Transparenz kann nur über eine unabhängige und neutrale Pflegeberatungsstelle, wie z. B. die Verbraucherzentrale, erreicht werden. Die CDU fordert daher die Einrichtung einer neutralen Pflegeberatungsstelle.

Zum weiteren Ausbau des Pflegeangebotes in Hannover ist die Vernetzung von und Kooperation mit freien Trägern der

Altenpflege konsequent auszubauen. Notwendige Umstrukturierungen, auch bei der städtischen Offenen Altenhilfe, sind im Haushalt durch Umschichtungen zu berücksichtigen. Die CDU fordert, dieses Ziel durch die notwendigen Umstrukturierungen im Haushalt zu berücksichtigen.

Zusätzlich ist die Konzeption der Pflegestützpunkte weiter zu entwickeln, um weitere Pflegeangebote unterbreiten zu können. Pflegestützpunkte müssen so organisiert und ausgestattet werden, dass sie als Anlaufstellen für die Kliniksozialarbeit fungieren können, die Anschlussbetreuung nach einem Klinikaufenthalt mit organisieren können und ehrenamtliche Hilfen durch bürgerschaftliche Arbeit organisieren. Daher fordert die CDU, vorhandene Pflegestützpunkte entsprechend weiter zu entwickeln und weitere Pflegestützpunkte einzurichten.

Ein Schwerpunkt in der offenen Altenhilfe muss das Thema „Sport und Bewegung; Fit im Alter“ werden. Sport und Bewegung sind präventive Hilfen und können einer Vielzahl von Krankheitsbildern bis hin zur Demenz vorbeugen. Daher fordert die CDU, die Kooperation mit freien Trägern entsprechender Angebote auch finanziell zu unterstützen. Schrittweise ist in allen Stadtteilen ein Bewegungsparcour einzurichten; dabei ist eine Kopplung mit Kinderspielflächen anzustreben.

## 5.8 SUCHTHILFE

Sucht und Missbrauch von Alkohol, illegalen Drogen, Medikamenten und neuerdings auch wieder verstärkt Spielsucht können Menschen in Abhängigkeiten bringen, die sie oft allein nicht durchbrechen können. Neben dem medienmäßig präsenten Alkoholmissbrauch durch immer mehr und immer jüngere Kinder und Jugendliche hat sich im Stillen ein neuer Hilfebedarf für allein stehende Männer über 45 Jahre mit Beziehungsproblemen ergeben. Diese Menschen sehen in ihrer Situation kaum Perspektiven für die Zukunft und greifen zu Suchtmitteln, hauptsächlich Alkohol.

Daher fordert die CDU, den Bereich des Drogenbeauftragten zum Referat Suchthilfe weiter zu entwickeln.

## 5.9 ZENTRUM FÜR BÜRGERARBEIT

Der Stützpunkt Hölderlinstraße ist zu einem Zentrum für Bürgerarbeit weiter zu entwickeln. Hier sind im Rahmen

der rechtlichen Möglichkeiten sinnvolle soziale und an der Gemeinschaft orientierte Arbeiten durchzuführen. In Zusammenhang mit der Wirtschaft sind Angebote zu entwickeln, die es ermöglichen, dass rentenergänzende Minijobs für Seniorinnen und Senioren (knapp über der Grundsicherung) sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, wo diese gewünscht werden und zugleich helfen können, Altersarmut entgegenzuwirken. Daher fordert die CDU, den Stützpunkt Hölderlinstraße zum Zentrum für Bürgerarbeit auszubauen

## 5.10 SICHERHEIT IM STADTTEIL

Gerade bei der älteren Bevölkerung besteht subjektiv das Gefühl von Unsicherheit und Gefahr in den Stadtteilen und im Öffentlichen Personennahverkehr. Dieses subjektive Sicherheitsgefühl, das zum Glück nicht mit der objektiven Sicherheitslage in Hannover übereinstimmt, kann durch präventive und sichtbare Arbeit im Rahmen von Bürgerarbeit verbessert werden; den Menschen sollte damit ein Teil ihrer Angst genommen werden. Daher fordert die CDU den sichtbaren Einsatz von Menschen im Rahmen der Bürgerarbeit in Fahrzeugen der Üstra, auf Spielplätzen, in Parks und auf öffentlichen Plätzen.

## 6. SCHULE UND BILDUNG: BREITES BILDUNGSANGEBOT – CHANCEN FÜR ALLE!

Qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen sind für die Zukunftsfähigkeit Hannovers von entscheidender Bedeutung. Die Attraktivität und Vielfalt schulischer Angebote ist eine wichtige Voraussetzung für den Zuzug junger Familien. Vor dem Hintergrund eines ständigen Wettbewerbs um die Ansiedlung neuer Unternehmen ist sie zudem ein bedeutender Standortfaktor.

Darüber hinaus führen Teilhabe durch Bildung und Aufstiegsbiographien von Kindern bzw. Jugendlichen aus vormals bildungsferneren Milieus zu einer Reduzierung von Sozialausgaben und zu einer Verbesserung der Situation in benachteiligten Stadtquartieren. Erfolgreiche Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Daher setzt sich die CDU Hannover für eine frühestmögliche und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen anhand eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses ein. Dieses reicht vom Kindergarten einschließlich

frühkindlicher Sprachförderung über die Grundschulen und die weiterführenden Schulen bis hin zur beruflichen Bildung und den universitären Angeboten. Hierbei dürfen Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Vielmehr sollen sie in ihrer Verantwortung unterstützt werden.

Der Vielfalt der Begabungen unserer Kinder werden wir am besten mit einem breit gefächerten Bildungsangebot gerecht. Viele Eltern wollen für ihre Kinder die Option auf einen bestmöglichen Bildungsabschluss so lange wie möglich offen halten. Die CDU setzt sich dafür ein, dass in der Stadt Hannover die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Begabungen ihre Fähigkeiten individuell entwickeln können. Hierbei sollen verstärkt Kindertagesstätten, außerschulische Einrichtungen und Unternehmen mit einbezogen werden. Leistung und ein hohes Bildungsniveau sowohl in der Breite als auch in der Spitze zeichnen die aktuelle Bildungspolitik aus.

Die Landesregierung hat notwendige strukturelle und organisatorische Veränderungen in der Schulpolitik vorgenommen, wie z. B. die Abschaffung der Orientierungsstufe oder die Einführung des Zentralabiturs nach zwölf Jahren und der Einführung der Oberschule. Die CDU Hannover unterstützt die Landesregierung in ihrem Bestreben, sich nunmehr vor allem dem Hauptziel, der Verbesserung der Unterrichtsqualität, zu widmen.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Entgegen dem überwiegenden Trend im Land Niedersachsen gehen in der Landeshauptstadt Hannover die Schülerzahlen nicht zurück. In den kommenden Jahren ist sogar mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Die Stadt als Schulträger ist hierbei gefordert, ausreichenden Schulraum bereitzustellen und den qualitativen Zustand der Schulgebäude sicherzustellen. Investitionen in die Gebäudeinfrastrukturen aller Schulformen mit besonderem Augenmerk auf Ganztagsangebote, Barrierefreiheit und Inklusion sind weiter notwendig. Die CDU fordert ein Konzept für eine Langfristplanung zur Umsetzung der Barrierefreiheit in allen Schulen, Horten und Kindertagesstätten.

## DIE CDU HANNOVER STEHT FÜR ...

### ... ein breites Bildungsangebot!

Mit der CDU Hannover wird es keine neuen Schulstrukturdebatten geben. Wir stehen zum Erhalt des

begabungsgerechten, differenzierten und gegliederten Schulwesens, dass die individuellen Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt und die Jugendlichen zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten fördert und fordert. Angebotsschulen ergänzen dieses Regelsystem und machen es vielfältig.

### ... den Erhalt von Schulstandorten:

- Grundschulen:

Die Grundschule ist für die weitere Entwicklung eines Kindes von größter Bedeutung.

Untersuchungen belegen, dass im frühkindlichen Alter der Grundstein für die spätere Bildungskarriere gelegt wird. Gerade in hannoverschen Stadtteilen, in denen die Anzahl von Schulkindern aus eher „bildungsferneren“ Schichten und Kindern mit Migrationshintergrund sehr hoch ist, muss frühkindliche Förderung bereits in den vorschulischen Einrichtungen besonders intensiv greifen und in den weiterführenden Schulen fortgeführt werden. Auch kleinere Grundschulen sollen bestehen bleiben, sie sind wohnortnah vorzuhalten. Eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen des jeweiligen Stadtteils ist anzustreben.

- Ganztagschulen:

Langfristig sollen alle Schulen im Bereich der Landeshauptstadt Hannover als offene oder teilgebundene Ganztagschulen geführt werden können. Damit ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. In Ganztagschulen muss in der durch den Nachmittagsbetrieb zusätzlich gewonnenen Zeit eine pädagogisch qualifizierte und individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwächen und Sprachproblemen ausgebaut werden. Nur mit einer individuellen Förderung der betroffenen Schülerinnen und Schüler kann jeweils ein bestmögliches Bildungsniveau erreicht werden, das später hilft, einen qualifizierten Schulabschluss zu erreichen. Die Stadt Hannover wird aufgefordert, bei der Schulplanung entsprechende Raumprogramme umzusetzen.

- Hauptschulen – Realschulen – Oberschulen:

Eine Ausweitung des sozialpädagogischen Angebots und Aspekte der Berufsorientierung sind bei Haupt-, Real- und Oberschulen besonders zu berücksichtigen. Damit werden Startchancen verbessert und die Berufsfähigkeit gesteigert. Eine erweiterte Allgemeinbildung dient als Grundlage für den Besuch von Schulen des Sekundarbereichs.

Die CDU Hannover unterstützt die Einrichtung von Oberschulen. Es sollte geprüft werden, wo diese neue Schulform gewünscht ist und das Bildungsangebot in der Landeshauptstadt sinnvoll ergänzen kann. Der Schulträger ist aufgefordert, dem nachzukommen. Hauptschulen und Realschulen sollen nach Wunsch selbstständig bleiben können.

- Gymnasien:

Das Gymnasium ist die beliebteste Schulform in Hannover. Die Gymnasien leisten hervorragende Arbeit und stellen eine Bereicherung für unser Schulsystem dar. Zudem begrüßt und unterstützt die CDU Hannover die mögliche Schwerpunktbildung bei bestimmten Fächern. Die in Hannover eingerichteten Außenstellen sollen langfristig aufgelöst werden.

- Integrierte Gesamtschulen:

In der Stadt Hannover gibt es zurzeit insgesamt neun Integrierte Gesamtschulen. Sie stellen eine Bereicherung der Schullandschaft in unserer Stadt dar und sollen weiterhin als Angebotsschulen Bestand haben.

- Schulen in freier Trägerschaft:

In der Landeshauptstadt sind in der Vergangenheit sukzessive Freie Schulen gegründet worden, sowohl im Grundschulbereich als auch im Sekundarbereich. Auch sie gehören zu einem vielfältigen Bildungsangebot und werden von der CDU unterstützt bzw. gefördert. Die Stadt Hannover sollte ebenfalls unterstützend wirken.

- Inklusion:

Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, ob sie ihr Kind in einem Förderzentrum oder in einer Regelschule beschulen lassen wollen. Ausschlaggebend müssen immer das Wohl und die bestmögliche Förderung des Kindes sein. Langfristig sollten alle Schulen im Bereich der Landeshauptstadt Hannover die Möglichkeit der Inklusion bieten, zusätzlich können Förderzentren weiter bestehen und sinnvoll sein. Weiterbildung und Veränderung bei der Lehrerbildung sind zu befürworten. Die Schulen sind aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, welche Maßnahmen der Inklusion jeweils durchgeführt werden können. Die Landeshauptstadt Hannover ist aufgefordert, solche Maßnahmen ideell und finanziell zu unterstützen.

- Bauliche Unterhaltung und Ausstattung der Schulen:

Aufgrund jahrelanger Vernachlässigung der Schulsanierung und der Sachausstattung gibt es trotz der Finanzaus-

stattung aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung und der dadurch verstärkten Bautätigkeit immer noch einen großen Nachholbedarf. Der Gebäudezustand ist bei vielen Schulen erheblich zu verbessern. Zusätzlich kommen durch Ganztagschulbetrieb und Inklusion große finanzielle Herausforderungen auf die Stadt Hannover zu. Ausreichende Raumkapazitäten sind vorzuhalten. Weiterhin sind die finanziellen Mittel für Lehr- und Unterrichtsmittel aufzustocken, eine letzte Anhebung ist vor 14 Jahren (1997) erfolgt, seitdem hat es keine Erhöhung gegeben.

Ziel muss es sein, die Ausstattung mit Computer-Hardware und -Software an allen Schulen Hannovers weiter zu verbessern. Außerdem muss durch regelmäßige Fortbildungen sichergestellt werden, dass die Lehrerinnen und Lehrer auch in der Lage sind, die modernen Geräte und Programme zu bedienen.

## 7. MIGRATIONSPOLITIK: HANNOVER KANN HEIMAT!

### AUSGANGSLAGE, ORIENTIERUNG UND HERAUSFORDERUNGEN

Mindestens ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner in Hannover hat einen Migrationshintergrund. Menschen aus mehr als 160 Nationen leben in unserer Stadt. Mittlerweile stammen etwa 40% der in Hannover geborenen Kinder aus Migrationsfamilien. Die meisten von Ihnen haben ihre Heimat in Hannover gefunden.

Dennoch wissen wir, dass eine große Zahl von Menschen in ihrer neuen Heimat noch nicht „angekommen“ ist. Zu den Integrationsdefiziten zählen insbesondere mangelhafte Deutschkenntnisse und Schwächen in Bildung und Ausbildung.

Diese Defizite kommen häufig in hoher Arbeitslosigkeit und vielfach sogar in gesellschaftlicher Abschottung zum Ausdruck. Die lokale Integrationspolitik steht daher weiterhin vor großen Herausforderungen.

Menschen mit Migrationshintergrund müssen die deutsche Sprache erlernen und sollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, ohne ihre eigene Sprache, Religion und Kultur aufzugeben.

Alle Einwohnerinnen und Einwohner unterschiedlichster Herkunft sollen friedlich miteinander leben, voneinander

lernen und das gemeinsame Gespräch suchen. Für die CDU bedeutet das: Es darf nicht zur Bildung von „Parallelgesellschaften“ kommen. Wir lehnen fundamentalistische Religiosität und ein fanatisch-patriarchalisches Familienverständnis ab. Die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männern ist für uns selbstverständlich. Dieses Selbstverständnis sollte auch für Menschen anderer Kulturen Vorbild sein.

Basis für ein friedliches Zusammenleben ist für alle in Deutschland und damit auch alle in unserer Stadtgesellschaft lebenden Menschen die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes unter Einbeziehung der hier vorherrschenden Werte und Normen.

Integration muss in allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern entwickelt und fortgeschrieben werden. Für die Kommunalpolitik der CDU Hannover lassen sich aus dieser Ausgangslage und Orientierung die folgenden wesentlichen drei Leitziele ableiten:

#### **Leitziel 1: Verankerung der Integrationspolitik auf kommunaler Ebene**


Die Integrationspolitik hat auch auf lokaler Ebene eine hohe Bedeutung. Sie muss als „Chefsache“ verankert und als dezernats-/fachbereichsübergreifende Aufgabe verstanden werden. Das bedeutet auch:

- Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen über alle Integrationsangebote der Stadt und von Verbänden, Vereinen und Institutionen in geeigneter Weise, d. h. unter anderem auch mehrsprachig, informiert werden.
- Alle lokalen Integrationsbemühungen sind im Interesse der Effektivität und eines wirkungsvollen Ressourceneinsatzes zu dokumentieren, zu evaluieren und gegebenenfalls zu optimieren.
- Der Migrationsausschuss muss als Ausschuss des Rates erhalten bleiben. Es muss eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden, mit dem Ziel, dass die beratenden Ausschussmitglieder volles Stimmrecht erhalten.

#### **Leitziel 2: Sprache und Bildung sind der Schlüssel zur Integration**

Wir setzen uns für eine intensive Sprachförderung von Zuwanderinnen und Zuwanderern ein.

Dafür fordern wir neben dem Ausbau von Programmen für das Erlernen der deutschen Sprache im frühen Kindesalter



und der bilingualen Sprachförderung in Kindertagesstätten auch eine damit einhergehende Erwachsenenbildung.

Darüber hinaus fordern wir verpflichtende Sprachstandsfeststellungen für Kinder ab dem 3. Lebensjahr.

Die systematische Sprachförderung für Kinder in Kindertagesstätten soll auch eine frühe Leseförderung unter Einbeziehung der Eltern mit Migrationshintergrund beinhalten.

Das Programm „Rucksack in der Grundschule – koordinierte Sprachförderung und Elternbildung“ muss weiter entwickelt werden.

Die Einrichtung von ehrenamtlichen Integrationslotsinnen und Integrationslotsen, mit denen sozialräumliche und interkulturelle Netzwerke aufgebaut werden, soll fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Beim Ausbau von Ganztagschulen müssen integrationsfördernde Maßnahmen mit entwickelt und angeboten werden.

Wir unterstützen verpflichtende Integrationskurse für Zuwanderinnen und Zuwanderer und plädieren dafür, die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen in Frage zu stellen, wenn Zuwanderer sich der Kursteilnahme entziehen.

Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit unter Migrantinnen und Migranten fördern und uns mit geeigneten Maßnahmen für eine stärkere Vernetzung aller gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure einsetzen.

Wir fordern die finanzielle Stärkung und den Ausbau der Familienzentren in den Stadtteilen.

### **Leitziel 3: Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – durch Aus- und Fortbildung interkulturelle Kompetenz schaffen und dadurch die Kundenfreundlichkeit der Verwaltung erhöhen**

Wir fordern deutlich größere Anstrengungen zur Steigerung der Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in allen von der Stadtverwaltung angebotenen Ausbildungsberufen.

Personalentwicklungskonzepte der Stadtverwaltung sollen Fort- und Weiterbildungen zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ anbieten.

Personalwirtschaft und Organisationsentwicklung müssen permanent auch auf „Integrationsverträglichkeit“ überprüft werden.

Neben diesen Leitzielen sind auch in den kommunalpolitischen Handlungsfeldern Schule und Kultur, Umwelt und Stadtentwicklung sowie Soziales und Wirtschaft weitere Leitziele zu entwickeln und am Lokalen Integrationsplan auszurichten.

## **8. WIRTSCHAFT: MOTOR DER ZUKUNFT!**

Die CDU ist sich der besonderen Bedeutung der Wirtschaftspolitik für die weitere Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover bewusst. Viele wichtige Unternehmen und Industrien sind in Hannover vertreten. Letztendlich bestimmt das wirtschaftliche Umfeld Hannovers das Leben in der Stadt. Hiervon ist eine Vielzahl von Arbeitsplätzen abhängig. Zudem sorgt sie für das Gewerbesteueraufkommen.

Die aktuellen Wachstumsraten verdeutlichen einen positiven Trend. Deutschlands Arbeitslosigkeit ist inzwischen sogar geringer als vor der Finanzkrise. Hannover ist Teil dieses Aufschwungs. Wir freuen uns, dass kreative, einsatzbereite und verantwortungsvolle Unternehmen Hannover als Standort wählen und treu bleiben. Dies gilt es weiter zu pflegen. Die LHH wird aufgefordert, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu schaffen, damit Unternehmen sich hier ansiedeln.

Insofern ist ein gutes Verhältnis der Verwaltung zu den in Hannover ansässigen Firmen von existenzieller Bedeutung. Durch umsichtiges Handeln und zukunftsgerichtete Planungen können wir den Wegzug von Firmen (und somit auch Arbeitsplätzen) verhindern. Hannover ist attraktiv, das gilt es immer wieder zu verdeutlichen und auch nach außen hin zu vermarkten.

Der Tourismus ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Innerdeutscher Tourismus hat an Bedeutung hinzugewonnen. Diese erfreuliche Tendenz wollen wir weiter ausbauen und zeigen, dass Hannover neben der Vielzahl an internationalen Messen noch mehr zu bieten hat. Im Einzelnen:

### **Firmen, Gewerbetreibende, Mittelständler**

Wir streben eine enge Kooperation der Verwaltung mit den Unternehmen an. Die CDU legt Wert auf unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen und den Abbau bürokratischer Hürden. Die LHH soll sich als kompetenter Partner erweisen.

Insbesondere bei der Neugründung von Unternehmen soll die Verwaltung durch Bereitstellung eines Unternehmenslotsen stärker beiseite stehen und Hilfestellung leisten. Dieser soll den Unternehmen als Ansprechpartner für verschiedene Bereiche der Verwaltung dienen.

Das Konzept der Hannover Holding soll insoweit weiter ausgebaut werden, dass die wirtschaftlichen Fördermöglichkeiten weiter gebündelt werden und sich auf die Holding konzentrieren. Eine intensivere Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Hannover mit den Wirtschaftskammern wird gesucht. Das Angebot an Beratung und Förderung durch Kammern, Verbände und wirtschaftsfördernde Unternehmen soll in Absprache untereinander ergänzt werden. Wettbewerb und Doppelstrukturen sind hier zu vermeiden.

### **Wirtschaftsförderung**

Die Zahl der Unternehmensgründungen liegt nach wie vor deutlich unter dem vorhandenen Potenzial. Wir begrüßen ausdrücklich die Fusion von hannoverimpuls und Hannover-Holding. Jedoch fordern wir eine noch stärkere Bündelung von Aktivitäten und eine effektivere Arbeitsweise, z. B. durch die Abschaffung von Doppelstrukturen. Es ist u. E. nicht notwendig, in der Führung des Unternehmens zusätzlich zu zwei hauptamtlichen noch zwei nebenamtliche Geschäftsführer zu beschäftigen.

Wir sprechen uns weiterhin für die Unterstützung des Unternehmerinnen-Zentrums in Hannover aus. Mit 28 Firmen hat es sich zu einer etablierten und bewährten Einrichtung entwickelt und schafft einen Mehrwert nicht nur für die Gründerinnen, sondern auch für die Stadt Hannover.

### **Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Forschung**

Zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung ist die Basis jedes erfolgreichen Wirtschaftsunternehmens. Mit den vorhandenen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Hochschulen hat sich Hannover zu einem etablierten Standort für Studium, Forschung und Wissenschaft entwickelt. Wir wollen Voraussetzungen schaffen, um die Kooperation der wissenschaftlichen Zentren mit der Wirtschaft zu stärken, z. B. durch die gemeinsame Definition künftiger Berufs- und Studienbilder oder gemeinsame Forschungsprojekte. Mit einer engeren Verbindung von Industrie, Wissenschaft und weiteren Partnern werden ideale Rahmenbedingungen für Branchenwachstum und damit einhergehend auch Arbeitsplätze geschaffen. Die Stadt Hannover ist aufgefordert, dies zu realisieren und auch durch eine verstärkte Kommunikation eine gute

Basis zu schaffen, um gut ausgebildete Arbeitskräfte in Hannover zu halten.

Die CDU Hannover fordert, neue Forschungsschwerpunkte gezielt durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen. Dazu gehört ein enger Verbund der Hannoverschen Hochschulen auf innovativen Gebieten, z. B. in der Biomedizintechnik.

Als Areal für die Ansiedlung innovativer Forschungszentren und Unternehmen gilt seit Jahren der Wissenschaftspark in Marienwerder. Dieses Gebiet liegt verkehrsgünstig und in direkter Nähe zu einem Hersteller und zu mehreren Zulieferern der Automobilindustrie. Die CDU fordert, den Wissenschaftspark Marienwerder systematisch weiter auszubauen.

### **Immobilien**


Die Landeshauptstadt ist einer der größten lokalen Immobilienbesitzer. Die bei der Stadt Verantwortlichen sind sich dessen nicht bewusst. Der Immobilienbesitz der LHH wurde über Jahrzehnte systematisch vernachlässigt.

Der Satz „Eigentum verpflichtet“ gilt nicht nur für private Eigenheimbesitzer, sondern gerade auch für die Landeshauptstadt. Es ist zu untersuchen, ob sich der komplette Immobilienbesitz der Landeshauptstadt in einer Gesellschaft bündeln lässt. Tätigkeitsfelder innerhalb dieser Gesellschaft, wie z.B. Hausmeisterdienste, Vermarktung und Instandhaltung sind zu separieren und müssen als eigenes Profitcenter wirtschaften.

Auf diese Weise sollen erbrachte Leistungen innerhalb der Verwaltung transparent gemacht und Bewertung und Vergleich des eigenen Immobilienbesitzes mit dem freien Immobilienmarkt hinsichtlich Marktwert, Verkaufsoptionen oder marktgerechter Miethöhe erstmals ermöglicht werden. Notwendige Investitionen werden transparent und bieten somit Planungssicherheit für die Zukunft.

Die Vermarktung von Flächen auf dem Expo-Gelände ist erheblich zu verstärken. Ein verbessertes Marketing und eine Erfolgskontrolle seitens der Gremien der LHH sind notwendig, um diesen attraktiven Standort besser zu nutzen. Es ist zu prüfen, ob eine befristete kostenlose Überlassung von Grundstücken an ansiedlungswillige Unternehmen die Auslastung des Geländes erhöhen kann und einen Bonus für die Ansiedlungspolitik darstellt.

Das Hannover Congress Centrum bietet mit dem historischen Kuppelsaal und seinen vielfältigen weiteren Raumangeboten einen etablierten Standort für Messen und



kulturelle Veranstaltungen in zentraler Lage. Wir fordern die LHH auf, nach Konzepten zu suchen, um die Einnahmen aus dem Hannover Congress Centrum zu erhöhen, damit die städtischen Zuschüsse reduziert werden können. Das kann zum einen durch eine akustische Aufwertung und Modernisierung des Kuppelsaales erfolgen, zum anderen wäre die Trennung des operativen Geschäfts von dem Immobiliengeschäft ein möglicher Lösungsansatz.

### **Infrastruktur**

Hannover ist ein hervorragender Wirtschaftsstandort im Zentrum von Niedersachsen und bietet eine erstklassige Erreichbarkeit innerhalb Deutschlands. Eine moderne Infrastruktur bedeutet Attraktivität für Unternehmen sowie Lebensqualität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Nicht nur bei Immobilien zählt besonders die Lage. Eine gute Infrastruktur ist ein entscheidendes Wettbewerbskriterium. Durch eine leistungsstarke Verkehrsanbindung ist Hannover ein hervorragender Standort nicht nur für die Logistikbranche. Dieser Vorteil ist weiter zu nutzen und auszubauen.

Einen großen Beitrag zur Logistik tragen die Städtischen Häfen bei. Künftig sind mehr Transporte auf die Wasserwege zu bringen. Der Ausbau der Schleuse im Lindener Stichkanal wird von der CDU ausdrücklich begrüßt. Um das Unternehmen zu stärken und die dortigen Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern, sollen ferner die erwirtschafteten Überschüsse im Unternehmen verbleiben und nicht an die LHH ausgeschüttet werden. Das kann u. a. durch Ausbau des Containergeschäftes und einen consequenten Schuldenabbau erreicht werden.

Die CDU begrüßt das Leitbild Fahrradverkehr. Jedoch sind bei der Ausgestaltung einzelner Maßnahmen und Eingriffen in das Verkehrswegenetz der Stadt wirtschaftliche Belange ebenso wie berechnete Interessen von Fußgängerinnen und Fußgängern zu berücksichtigen. Dies ist insbesondere wichtig, wenn komplette Straßen in Fahrradzonen umgewandelt werden, wie z. B. jüngst die Lange Laube.

Darüber hinaus stellt das Projekt „City 2020“ den Einzelhandel in der Innenstadt vor neue Herausforderungen. Hier gilt es, die geplanten Änderungen mit Augenmaß vorzunehmen. Zur Stärkung der Kaufkraft ist der Wegfall von Parkplätzen im großen Stil in der Innenstadt zu verhindern.

### **Ausbau schnellerer Datenverarbeitung**

Die Entwicklung des Internets geht in Richtung des sogenannten Cloud-Computing mit wartungsarmen Compu-

tern, die Daten und Programme bei jedem Aufruf einer Anwendung aus dem Datennetz abrufen. Damit wird der Bedarf an schnellen Datenverbindungen rasant steigen.

Der Ausbau des breitbandigen Glasfaser-Datennetzes in Hannover muss daher in allen Stadtteilen intensiv vorangetrieben werden, insbesondere auch in bisher unterversorgten Randbereichen von Hannover, z. B. im Stadtteil Marienwerder.

### **Gewerbsteuer langfristig senken**

Eine der Haupteinnahmequellen der Landeshauptstadt Hannover ist die Gewerbesteuer. Hannover hat den höchsten Hebesatz Niedersachsens. Angesichts des positiven Trends bei den städtischen Einnahmen fordert die CDU, langfristig das Ziel zu verfolgen, den Hebesatz moderat zu senken. Das ist der größte Anreiz, den wir schaffen können, damit Unternehmen die Stadt Hannover bevorzugt als neuen Standort auswählen.

### **Marketing und Tourismus**

Hannover boomt als Reisestadt. Die Stadt verzeichnet eine stetig steigende Anzahl von Touristen, darunter auch zahlreiche ausländische Gäste. Aus diesem Grund sprechen wir uns konsequent gegen eine so genannte „Bettensteuer“ aus. Die Wirtschaftskraft des Tourismus soll nicht durch eine unverhältnismäßige und einseitig belastende Bettensteuer gedämpft werden. Zudem kritisieren anerkannte Tourismusexperten diese juristisch fragwürdige Steuer.

In Zusammenarbeit mit der Hannover Marketing und Tourismus Gesellschaft (HMTG) ist das Standortmarketing weiter auszubauen. Es ist eine elementare Aufgabe, die Sehenswürdigkeiten Hannovers entsprechend zu vermarkten. Das traditionelle Schützenfest, die Herrenhäuser Gärten mit den diversen kulturellen Veranstaltungen sowie der Zoo sind und bleiben touristische Anziehungspunkte für Menschen aus der gesamten Welt. Mit dem Neubau des Schlosses Herrenhausen gewinnen wir einen weiteren repräsentativen Besucher-Magneten hinzu. Die CDU fordert die Landeshauptstadt Hannover ausdrücklich auf, schon jetzt bei entsprechenden Auftritten Werbung dafür zu machen. Wir können uns z. B. eine dauerhafte Besichtigung der Baustelle oder Werbeaufsteller in der Innenstadt, aber auch Innenstadtwegweiser in prägnanter Lage, z. B. vor dem Hauptbahnhof, vorstellen. Genauso muss das weltweit positive Image Hannovers weiter gepflegt und ausgebaut werden. Hierzu können internationale Messen, aber auch Internet-Foren und soziale Netzwerke noch stärker genutzt werden.

## Eigenständiger Wirtschaftsdezernent für Hannover

All die genannten politischen Ziele bedürfen entsprechender politischer Verankerung und Unterstützung. Die Landeshauptstadt Hannover muss sich der Bedeutung der Wirtschaft bewusst werden. Es ist nicht angemessen, dass ein solch elementar wichtiger Bereich nur „nebenamtlich“ durch einen „halben“ Dezernenten verwaltet wird. Durch die Bündelung von Wirtschaft und Umwelt werden zwei zentrale Aufgaben nur mit halber Schlagkraft besetzt. Es muss wieder zu einem klaren Bekenntnis zur Wirtschaft kommen. Aus diesem Grund fordert die CDU einen hauptamtlichen Wirtschaftsdezernenten für Hannover.

## 9. VERKEHRSPOLITIK: BEWEGUNGSFREIHEIT FÜR ALLE!

Die kommunale Verkehrsplanung steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor der enormen Herausforderung, aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden und gleichzeitig dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Mobilität nachzukommen. Keine moderne Stadt kann sich dabei entwickeln, ohne eine Balance zwischen Verkehrsgünstigkeit und Verkehrsbelastung zu erreichen.

Das Verkehrsverhalten der Menschen wird sich stark verändern. Der Anteil des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel („Modal Split“) wird in einer Großstadt wie Hannover zukünftig stark abnehmen. Es werden immer mehr Wege mit dem Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt.

Die Landeshauptstadt Hannover wird diese Entwicklungen in außerordentlicher Weise treffen, da der Wiederaufbau der kriegszerstörten Stadt in damals vorbildlicher Weise an den Bedürfnissen des MIV ausgerichtet wurde. Das Hauptstraßennetz wurde komplett neu konzipiert, ein vielspuriger Cityring tangential um den Innenstadtbereich angelegt, optimierte Verkehrsanlagen und Kreuzungen mit teilweise ausgedehnten Abbiegespuren, Hochstraßen für eine kreuzungsfreie Verkehrsführung und vielspurige Schnellstraßen gebaut.

### Leitziel 1: Anpassung der Verkehrsinfrastruktur

Auf den MIV ausgerichtete Strukturen sind heute teilweise nicht mehr zeitgemäß, in Teilen überdimensioniert und

u. U. verzichtbar, wie der Abriss der Aegi-Hochbrücke gezeigt hat. Durch den Einsatz einer modernen und intelligenten Verkehrstechnik kann die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur bei einem Umbau dennoch erhalten werden.

Hohe Unterhaltungskosten für nicht zwingend erforderliche Infrastruktur sind vor dem Hintergrund eines strukturellen Haushaltsdefizits nicht vertretbar. Breite Straßen und Hochbrücken sorgen zudem für eine starke räumliche Trennwirkung zwischen und innerhalb von Stadtteilen, da sie Wegebeziehungen unterbinden. Viele Bereiche der Stadt sind noch immer dem fließenden Verkehr gewidmet. Wir fordern daher:

- die Wahrung und Schaffung von Bewegungsfreiheit und Aufenthaltsqualität für alle Beteiligten,
- die Rückgewinnung nicht mehr benötigter Verkehrsräume. Es ist mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu schaffen, insbesondere an wichtigen Knotenpunkten. Zentrale Kreuzungen sind unter Beibehaltung ihrer Funktionalität flächensparend umzubauen,
- die Anlage und den Ausbau von Querungsmöglichkeiten insbesondere des Cityrings und der Ausfallstraßen für Fußgängerinnen bzw. Fußgänger und Radfahrerinnen bzw. Radfahrer, wie z. B. unter der Raschplatzhochbrücke zwischen Hauptbahnhof/Innenstadt und List/Oststadt,
- den Neubau, die Sanierung und hinreichende Beleuchtung von Radwegen, sowie die Anlage von Radschnellwegen und die verkehrssichere Räumung der Radwege im Winter und
- die Schaffung von mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, z. B. Bügel/Parkstationen im gesamten Stadtgebiet. Maßnahmen für die Akzeptanz dieser Abstellmöglichkeiten sind zu treffen, ohne andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer dabei zu behindern oder gar zu gefährden.

### Leitziel 2: Entwicklung des ÖPNV

Im Zuge einer weniger vom MIV abhängigen Mobilität kommt dem ÖPNV größere Bedeutung zu. Wir fordern daher:

- Die Qualität des ÖPNV in der Stadt Hannover ist zu erhalten und kontinuierlich zu verbessern. Das ÖPNV-Netz ist gezielt weiter auszubauen, die Takt-Verdichtung ist bedarfsorientiert fortzusetzen und ein verständliches, bezahlbares und attraktiveres Tarifsystem zu entwickeln.



- Die Stadtbahnstrecke D ist von Linden-Limmer bis in die Südstadt zum Bismarckbahnhof auszubauen. Dabei ist eine den räumlichen Gegebenheiten, insbesondere der Limmerstraße, der Innenstadt und der Sallstraße angepasste stadtverträgliche Lösung zu entwickeln.
- Die Vorteile einer oberirdischen Stadtbahnstrecke D mit schnellen Umsteigemöglichkeiten zur S-Bahn, einer guten Erreichbarkeit der Innenstadt und geringeren Kosten sind mit den Vorteilen einer unterirdischen Führung mit kürzeren Umsteigewegen zu anderen Stadtbahnlinien, kürzeren Fahrzeiten und störungsärmerem Betrieb abzuwägen. Aktuelle Entwicklungen der Fußgängerströme sind dabei zu berücksichtigen. So ist u. a. zu prüfen, ob die Stadtbahn besser durch den Tunnel der Lister Meile unter den Bahngleisen zur Hamburger Allee in Richtung Südstadt geführt werden sollte oder in einem Tunnel von der Goethestraße über die im Rohbau nahezu fertiggestellten Stationen Steintor und Hauptbahnhof bis in die Berliner Allee zur Königstraße und dann oberirdisch weiter in die Südstadt. Dabei ist neben der Linie 10 grundsätzlich von einem Erhalt der Stadtbahnlinie 17 auszugehen.
- Aufgrund der Attraktivitätssteigerung an beiden Tunnelleingängen (Ernst-August-Galerie, ZOB und Kaufland Center) ist der Lister-Meile-Tunnel bereits heute stark von Fußgängern frequentiert. Es ist zu prüfen, ob hier eine Stadtbahnhaltestelle mit direktem Zugang vom Tunnel zu den Bahnsteigen (wie im Erfurter Hauptbahnhof) angelegt werden kann, u.a. um Pendlern kurze Wege und schnelle Umsteigemöglichkeiten anzubieten oder ob stattdessen auch eine Führung von Zügen der Linie 10 von Ahlem und Linden über Waterloo und Kröpcke zum Hauptbahnhof wirtschaftlicher wäre und höhere Fahrgaststeigerungen zur Folge hätte.

### **Leitziel 3: Förderung alternativer Verkehrsformen**

Die Elektromobilität wird, insbesondere aufgrund steigender Benzinpreise infolge zur Neige gehender fossiler Kraftstoffe, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmen. Neuartige Mobilitätsformen wie der Segway und innovative Car-Sharing-Modelle treten auf den Markt und gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Wir setzen uns daher für eine aktive Förderung der Elektromobilität ein.

Die Landeshauptstadt Hannover und die städtischen Betriebe sind aufgefordert, mit ihrem Fuhrpark ein Vorbild zu geben.

Die Errichtung eines flächendeckenden Strom-Tankstellennetzes ist zu unterstützen.

Das Angebot innovativer Carsharing-Modelle (wie in Süddeutschland) ist in Hannover zeitnah auszubauen.

### **Leitziel 4: Verringerung der Emissionen durch Verbesserung des Verkehrsflusses**

Eine vitale Stadt lebt von der individuellen Mobilität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Dazu zählt für uns auch der Motorisierte Individualverkehr (MIV). Gleichwohl gilt es, die negativen Begleiterscheinungen des Verkehrs, wie Feinstaub, Stickoxid- und Kohlendioxidemissionen sowie Lärm soweit wie möglich zu reduzieren. Die Umweltzone hat sich für eine deutliche Emissionsreduzierung als untauglich erwiesen, zudem gibt es effektivere Möglichkeiten. Daher fordern wir:

- die Untersuchung und Einführung bzw. den Ausbau intelligenter Verkehrslenkungssysteme (vernetzte Ampelschaltungen) im Straßenverkehr mit dem Ziel eines gleichmäßiger fließenden Verkehrs zur Senkung der Abgase („Grüne Welle“) unter grundsätzlicher Beibehaltung der ÖPNV-Vorrangschaltung. Über eine zentrale Computersteuerung sind Ampeln optimal an die jeweilige Verkehrssituation und das Verkehrsaufkommen anzupassen,
- die Ergänzung entsprechender Maßnahmen beispielsweise durch begleitende Informationstafeln und elektronische Anzeigen mit Tempo-Empfehlungen zur Erreichung einer Grünen Welle,
- die Erhöhung der Kapazität der Verkehrswege mit diesen Mitteln bei gleich bleibender baulicher Situation,
- dass Ampeln den Verkehr regeln und ihn nicht behindern. Wir fordern daher die Überprüfung von Ampelstandorten, ob diese nachts ausgeschaltet (bspw. in Warnblinkmodus) werden können, um unnötiges Bremsen, Leerlauf beim Warten und Anfahren zu reduzieren. Schadstoff- und Lärmemissionen sind so zu verringern,
- Ampeln an geeigneten Standorten durch Verkehrskreisel zu ersetzen. Diese haben eine verkehrsberuhigende Funktion und weisen geringe Unterhaltungskosten auf,
- das Park-and-Ride-Angebot auszubauen,
- einen Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungskampagnen und verkehrsbezogenen Schulungsmaß-

nahmen für Bürgerinnen und Bürger, wie Fahrtraining für spritsparendes Fahren,

- Maßnahmen zur Reduzierung des Lkw-Verkehrs, z. B. Lenkungsconzepte und
- Durchfahrverbote und aktive Unterstützung der Anbieter bei der Überarbeitung entsprechender Navigationssoftware (Schleichwege durch Wohngebiete deaktivieren).

#### **Leitziel 5: Einführung von kostenfreiem Kurzzeitparken in der Innenstadt**

Wir fordern die Einführung einer „Hannover-Kurzpark-Scheibe“ mit der auf den bewirtschafteten Parkplätzen in der Innenstadt bis zu einer halben Stunde kostenfrei geparkt werden kann.

Die Parkscheibe hat hierzu eine entsprechend feingliedrige Anzeige aufzuweisen. Wird der Parkraum länger in Anspruch genommen, ist für den gesamten Zeitraum, inklusive der ersten halben Stunde, zu bezahlen.

## **10. UMWELTSCHUTZ: NATÜRLICH FÜR HANNOVER!**

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentrales Anliegen einer Politik in christlicher Verantwortung. Ziel der CDU ist es daher, im Rahmen ihrer Umweltpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen in der Stadt zu verbessern und damit zur Zukunftssicherung Hannovers beizutragen. Es gilt, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen sowie Boden, Luft, Wasser, Flora und Fauna vor Gefährdung zu bewahren. Die Verantwortlichkeit für dieses politische Handlungsfeld muss sich auch in der Verwaltungsorganisation wiederfinden. Die CDU fordert deshalb: keine Personalunion für Umweltdezernat und Wirtschaftsdezernat.

#### **Leitziel 1: Förderung und Ausbau erneuerbarer Energien und energetischer Sparmaßnahmen**

Die Ressourcen für die konventionelle Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen, wie Kohle, Erdöl oder Erdgas, sind endlich. Vor diesem Hintergrund muss die Energieversorgung den Zielen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen Rechnung tragen.

Wir unterstützen eine Verringerung des allgemeinen Energiebedarfs. Hierfür sind Verbesserungen der Energieeffizienz und Energieeinsparungen erforderlich.

Die energetische Sanierung von Gebäuden ist zu forcieren, bestehende Anlagen an neueste technische Standards anzupassen.

Neubauten im Stadtgebiet sollten grundsätzlich mit höchstem Standard an Energieeinsparung, mit gesundem Wohnklima und vertretbaren Herstellungskosten errichtet werden. Das Bauen von Häusern mit hoher Energieeffizienz ist mit Programmen für Familien mit Kindern zu fördern.

Die öffentliche Verwaltung hat sowohl bei der Energieeinsparung als auch mit energieneutralen Neubauten als Vorbild zu agieren.

Die Förderung erneuerbarer Energien ist zu intensivieren.

Erneuerbare Energien sind an ökologisch, betriebswirtschaftlich und städtebaulich/denkmalschutzrechtlich sinnvollen Orten in das Stadtbild zu integrieren, ohne jedoch die direkten Anwohnerinnen und Anwohner über Gebühr zu belasten. Gebäude der Stadt (wie Verwaltungsbauten, Schulen, Freizeitheime) und der städtischen Betriebe sind vorrangig mit Photovoltaik und/oder Geothermieanlagen auszustatten. Die Nutzung von (versiegelten) Freiflächen, insbesondere von Parkplätzen, durch Solarkollektoren, beispielsweise auf Überdachungen, ist zu fördern. Hierbei sind auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie durch Investoren, in Betracht zu ziehen.

Die dezentrale Energieversorgung ist auszubauen. Die Errichtung moderner Kleinstkraftwerke, wie Brennstoffzellen- oder (Mini-) Blockheizkraftwerke, zur Strom- und Wärmeproduktion ist zu fördern. Das gilt auch für mit nachwachsenden Brennstoffen wie z. B. Pellets und Hackschnitzel betriebene Heizungsanlagen.

#### **Leitziel 2: Schutz, Verbesserung und Ausbau städtischer Lebensräume**

Unsere Stadtlandschaft, wie wir sie heute vorfinden, ist Ausdruck jahrhundertelanger menschlicher Einflussnahme. Parks, Grünanlagen und Freiflächen sind Bestandteil dieser Stadtlandschaft und ein wichtiges Freiraumelement im urbanen Bereich. Sie befriedigen eine breite Palette unterschiedlicher Nutzungsansprüche, indem sie aktive und passive Erholung ermöglichen, über die ästhetische Stadtgestaltung Lebensqualität schaffen, Repräsentation darstellen und vielseitige ökologische

Funktionen erfüllen (wie Rückzugsraum für die Tierwelt, Beitrag zum Biotop- und Artenschutz).

Die Landeshauptstadt Hannover weist im Stadtgebiet ein vielfältiges Angebot von Grünflächen und Naherholungsgebieten auf, wie die Eilenriede als europaweit größtem innenstadtnahen Stadtwald, die Leinemasch, die Herrenhäuser Gärten und zahlreiche kleinere Parks und Grünflächen.

Trotz der einer Großstadt eigenen, schwierigen Rahmenbedingungen, wie einem hohen Anteil an Verkehrsflächen oder einer dichten Bebauung, hat sich in Hannover zudem auch kleinräumig an vielen Stellen eine schützenswerte Flora und Fauna entwickelt. Wir fordern:

- städtische Lebensräume für Flora und Fauna sind zu schützen, zu verbessern und auszubauen,
- ökologische Nischen in den Stadtvierteln und „grüne Oasen“ in dicht bebauten Vierteln, wie Stadtplätze, Innenhöfe und Gärten, sind zu fördern,
- die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu ökologischen Fragestellungen und möglichen, praktikablen Aufwertungen privater Flächen (Balkone, Gärten, Innenhöfe) ist hierfür zu intensivieren,
- der öffentliche Raum ist durch straßenbegleitendes Grün weiter aufzuwerten. Neben optischen Aspekten wirken sich Bäume, Sträucher und Fassadengrün vielfältig positiv auf ihr Umfeld aus. So reduzieren sie Verkehrslärm, nehmen Kohlendioxid auf, reinigen die Luft und beeinflussen das Mikroklima positiv, indem sie an heißen Sommertagen beispielsweise die Temperaturen mildern,
- ökologisch wertvolle Flächen sind nachrangig für eine Bebauung freizugeben. Aufgelassene Kleingärten und auch noch genutzte Friedhöfe sollen hierbei eine besondere Beachtung als schutzwürdiges Biotop erhalten,
- die Versiegelung von Flächen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

### **Leitziel 3: Ausgleichsmaßnahmen sind vor Ort vorzunehmen**

Bei Bauvorhaben sind gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Baugesetzbuch (BauGB) negative Folgen für Natur und Landschaft (Beeinträchtigungen) so weit als möglich zu vermeiden und zu minimieren. Nicht vermeidbare Eingriffe sollen durch Maßnahmen des Naturschutzes ausgeglichen werden. Hierbei werden derartige

Ausgleichsmaßnahmen oftmals fernab vom Ort der Beeinträchtigung in anderen Stadtteilen oder am Stadtrand vorgenommen, während sich die Umwelt- und Lebensqualität im unmittelbaren Umfeld des Eingriffes verschlechtert. Die CDU fordert daher,

- Ausgleichsmaßnahmen ortsnah zu der zu bebauenden Fläche, möglichst im gleichen Quartier oder Stadtteil, auf jeden Fall aber im hannoverschen Stadtgebiet, zeitnah umzusetzen,
- Ausgleichsmaßnahmen so durchzuführen, dass die negativen Auswirkungen vor Ort minimiert werden und insgesamt ein „echter Gewinn“ für die Natur entsteht und
- bei der Bebauung ökologisch wertvoller Flächen strengere Kriterien für Ausgleichsmaßnahmen als bisher anzulegen.

## **11. STADTENTWICKLUNG: HANNOVER – EINE STADT MIT ZUKUNFT!**

### **AUSGANGSLAGE**

In Hannover haben zum Jahresende 2009 knapp 521.000 Menschen gelebt. Hannovers Einwohnerzahl ist hierbei in den vergangenen Jahren relativ langsam, dafür aber kontinuierlich angewachsen.

Die Bevölkerung einer Stadt nimmt zu, wenn die Stadt eine hohe Anziehungskraft besitzt. Dies kann eine hohe Zentralität im Handel, im Bildungsbereich (für Studium, Ausbildung) oder ein großes Angebot und Spektrum an Erwerbsmöglichkeiten und kulturellen Angeboten sein. Zugleich hat die Stadt ein lebenswertes Wohnumfeld sowie ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zu bieten. Diese Faktoren begründen auch einen in den letzten Jahren in vielen europäischen und speziell in deutschen Städten zu beobachtenden Prozess der sich abschwächenden und teilweise sogar umkehrenden Stadt-Umland-Wanderung (Reurbanisierung).

Auch in Hannover ist die steigende Bevölkerungszahl im Wesentlichen auf geringere Wanderungsverluste infolge einer gegenüber früheren Jahrzehnten deutlich reduzierten Abwanderung von Menschen ins Umland, d. h. in die übrige Region Hannover, sowie auf Wanderungsgewinne bei den Zuzügen, insbesondere aus dem übrigen Niedersachsen, zurückzuführen.

Durch gesellschaftliche, demografische (Stichwort „Demografischer Wandel“) und ökonomische Entwicklungen sind die Prozesse der Stadtentwicklung sowie die Ansprüche und Erfordernisse an die Stadtplanung in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Hannover hat sich zahlreichen Herausforderungen zu stellen, um auch zukünftig eine ausreichende Attraktivität und Anziehungskraft zu besitzen.

Unterdurchschnittliche Mietpreise im Vergleich zu anderen Großstädten, wie sie derzeit in Hannover vorherrschen, Ausbildungs- und Studiemöglichkeiten und ein hinreichendes Arbeitsplatz- und Kulturangebot reichen hierfür jedoch allein nicht aus. Es ist ein lebenswertes, attraktives und zukunftsfähiges Wohnumfeld für die bereits in Hannover lebenden Bürgerinnen und Bürger und als Anreiz für Zuzüge zu schaffen. Hierbei gehen Stadtplanung, Verkehrs- und Umweltpolitik Hand in Hand.

Für eine nachhaltige, bedarfsorientierte, ökologische, an die demografische Entwicklung angepasste, moderne Kommunalpolitik der CDU in Hannover lassen sich aus dieser Ausgangslage folgende wesentlichen Leitziele ableiten:

### **Leitziel 1: Verdichtung mit Augenmaß – Schaffung von bedarfsorientiertem Wohnraum**

Die Bevölkerungsentwicklung Hannovers ist insgesamt positiv, dabei komplex und vielfältig. Neben zahlreichen jungen Erwachsenen, die in die Stadt zum Studium und zur Ausbildung ziehen, ist auch ein verstärkter Zuzug von älteren Menschen aus dem Umland festzustellen. Gleichzeitig werden die bereits ansässigen Einwohnerinnen und Einwohner aufgrund der demografischen Entwicklung älter und leben immer öfter allein. Bereits heute weist Hannover eine bundesweit vergleichsweise sehr niedrige Haushaltsgröße auf, im Schnitt wohnen nur 1,74 Personen in einem Haushalt. Deshalb fordert die CDU:

- Die Bauintensität ist zu erhöhen, um ausreichenden, am Bedarf orientierten Wohnraum zu schaffen. Hierbei ist die hohe Nachfrage nach kleineren Wohnungen (Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen) ebenso zu berücksichtigen, wie der Wunsch nach Vier- und Mehr-Zimmer-Wohnungen insbesondere von jungen Familien, um diese in der Stadt zu halten.
- Für die Errichtung von Neubauten bzw. Ausweisung von Baugebieten sind vorrangig innerstädtische Brachflächen, wie alte Bahngelände und Industriebrachen, zu nutzen. Ökologisch wertvolle Flächen sind zu erhalten und die Zersiedelung der Landschaft zu begrenzen.

### **Leitziel 2: Erhöhung des Wohnanteils in der Innenstadt**

Eine kompakte, gemischte Stadt ist ein Ort urbaner Lebensweise. Insbesondere an die Innenstädte richten sich hierfür unterschiedliche Ansprüche; es existiert ein enges Mit- und Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen, Handel, Freizeit, Verkehr und Kultur. Die hannoversche Innenstadt ist derzeit jedoch in weiten Bereichen einseitig auf die Einkaufssituation ausgerichtet. Es existieren nur einzelne Wohninseln, wie das Kreuzkirchen- oder Warmbüchenviertel. Nach Ladenschluss sind weite Bereiche der Innenstadt verödet.

Deutschlandweit ist eine Rückbesinnung auf die Innenstädte festzustellen (Reurbanisierung). Auch in Hannover ist eine hohe Nachfrage nach qualitativ hochwertigem Wohnraum und Neubauprojekten in innenstadtnaher Lage vorhanden, der kein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Die CDU Hannover fordert daher:

- Das Wohnen in der Innenstadt ist zu fördern. Geeignete Standorte sind zu identifizieren und Wohnangebote für unterschiedliche Lebensstile und Lebensphasen zu schaffen.
- Die vorhandene Bebauung ist zu ergänzen und effektiver zu nutzen. Teilgenutzte Immobilien bzw. Flächenkonzentrationen innerhalb einer Immobilie stellen ein großes Potenzial für Wohnen in der Innenstadt dar. (Leerstehende) Etagen in Geschäfts-/Bürogebäuden können umgenutzt, Dachgeschosse ausgebaut und vorhandene Gebäude um ein bis zwei Etagen aufgestockt werden (Ausbildung von Dachlandschaften).
- Bestehende Immobilien tragen durch ergänzende Nutzungsangebote, wie Wohnen und Arztpraxen, zur Belebung des Standortes – auch außerhalb der Geschäftsöffnungszeiten – bei. Der Bau und Betrieb gemischt-genutzter Immobilien im Block und auf der Parzelle sind daher zu fördern.
- Hochhäuser sollten die Ausnahme bleiben und im Einzelfall städtebaulich begründet werden.

### **Leitziel 3: Plätze aufwerten statt überbauen**

Stadtplätze spielen im städtischen Gefüge als Kristallisations- und Kommunikationspunkte des öffentlichen Lebens eine herausragende Rolle. Es sind zentrale Orte urbanen Lebens, jeweils eingebunden in eine spezifische städtebauliche Struktur. Dabei ist zwischen Plätzen mit stadtweiter Bedeutung, wie dem Klagesmarkt, Steintor oder Opernplatz und mit stadtteilbezogener Bedeutung,

wie dem Stephans-, Jahn- oder Fiedelerplatz, zu unterscheiden.

Offene Plätze lassen unterschiedliche und flexible Nutzungen zu, sie eröffnen Begegnungs- und Bewegungsräume. Eine Stadt sollte ein Mindestmaß an Repräsentations- und Inszenierungsfähigkeit besitzen. Stadtplätze tragen hier maßgeblich zur Qualifizierung und zum Imagegewinn der Stadt(teile) bei.

In der hannoverschen Innenstadt ist zwar ein großzügiges Netz an öffentlichen Räumen und Plätzen vorhanden, jedoch ist dies erst in Ansätzen attraktiv. Viele Plätze werden monofunktionell als Parkplätze genutzt. Die CDU Hannover fordert daher:

- Die Rolle der Stadtplätze ist im Rahmen qualitätvoller Gestaltungskonzepte zu würdigen, vernachlässigte Bereiche sind weiter aufzuwerten. Vorhandene Plätze sind unter Einbeziehung der angrenzenden Bebauung durch eine Neu- und Umgestaltung stärker herauszustellen, hierbei ist auf eine vielfältige Nutzbarkeit der Plätze hinzuwirken. Plätze können so als urbaner Raum neu entdeckt und ins Gedächtnis gerufen werden.
- Eine eventuelle Umgestaltung städtischer Plätze ist, insbesondere in der Innenstadt (Marstall, Klagesmarkt usw.), behutsam und unter Erhaltung angemessenen Freiraums vorzunehmen.
- Die Schaffung zusätzlichen Wohn-/Geschäftsraumes hat mit Augenmaß zu erfolgen, zunächst sind andere Optionen (Umnutzung/Aufstockung bestehender Bauten, Neubauten auf Gewerbe/Industriebrache, s. o.) zu prüfen.
- Der Austausch der Luft zwischen Bebauung und Freiflächen (Frischluftschneisen) ist sicherzustellen und bei Planungen zu berücksichtigen.

#### **Leitziel 4: Geschichte der Stadt in ihrem Stadtbild präsent machen**

Wir fordern die Herausarbeitung einprägsamer und identifikationsgeeigneter Stadtbilder und Raumstrukturen. Wichtige Elemente der Stadtgeschichte, wie historische Raumgefüge und wichtige Bauten aus allen Entwicklungsphasen der Stadt, sind stärker herauszustellen, in Wert zu setzen und als Identifikationsmerkmale zu nutzen.

Historische Gebäude und Orte (wie die Wasserkunst am Leineschloss oder das Friederikenschlösschen am Water-

looplatz) sind zu bewahren, sichtbar zu machen und gegebenenfalls zu rekonstruieren.

Wir fordern ein umfassendes Konzept zum Umgang mit der Leine. Als Keimzelle und Namensgeber der Stadt (Am Hohen Ufer/„Hanovere“) ist die Leine stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Uferzone ist, insbesondere im Abschnitt zwischen Friederikenplatz und Goethestraße, wahrnehmbarer zu machen und, unter Einbeziehung der angrenzenden Uferbereiche, durch eine attraktivere Gestaltung aufzuwerten. Hierzu ist auch die Verknüpfung zur Altstadt und Calenberger Neustadt als unmittelbar angrenzende Quartiere durch attraktivere und klarere Wegebeziehungen zu verbessern.

#### **Leitziel 5: Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, aber auch wohnortnaher Kultur- und Freizeitangebote**

Infolge der demografischen Entwicklung steigt der Altersdurchschnitt der Bevölkerung in Hannover kontinuierlich an. Die Mobilität älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist oftmals eingeschränkt, weitere Wege können diese aufgrund körperlicher Einschränkungen und/oder fehlender eigener Pkw oftmals nur schwer zurücklegen.

Zudem ist in Deutschland das Phänomen zu beobachten, dass vor allem bei Menschen, die älter als 50 Jahre sind, das Interesse steigt, (aus dem Umland) wieder in die Stadt zu ziehen. Sie möchten oftmals die in der Stadt vorhandenen Annehmlichkeiten (wie z. B. Ärzte und Geschäfte sowie ein vielfältiges kulturelles Angebot) nutzen können, ohne auf das Auto angewiesen zu sein.

Wir stehen deshalb für eine stadtgebietsweite Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung mit Waren des periodischen/täglichen Bedarfs (alle Waren mit kurzfristigem Beschaffungsrhythmus, u. a.: Nahrungs- und Genussmittel, sowie kurzfristiger Verbrauchsgüterbedarf [Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel, Haushaltspapierwaren, Parfümerie-, Drogerie- und frei verkäufliche Pharmaziewaren, Zeitungen und Zeitschriften, sowie Schnittblumen und Heimtierfutter]).

Genauso zählt jedoch zu einer lebenswerten Stadt auch ein Kultur- und Freizeitangebot in erreichbarer Nähe, das in gleicher Weise dem demografischen Wandel und den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt und Teilhabe für Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner aller Altersgruppen ermöglicht.

## 12. SICHERHEIT UND SAUBERKEIT: UNSERE SCHÖNE STADT!

Nur in einer sicheren und sauberen Stadt fühlen die Menschen sich wohl. In allen öffentlichen Räumen muss durch präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung und ein effektives Sozialmanagement, aber auch hinreichende Polizei- und Ordnungspräsenz der Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie Gewalt vorgebeugt werden. Es darf keine rechtsfreien Räume geben. Stattdessen muss es angstfreie Räume geben. Wer in dieser Stadt lebt, muss sich an entsprechende Regeln halten.

Für die öffentliche Sauberkeit ist zunächst einmal jeder Mensch selbst verantwortlich. Dennoch müssen auch die Anstrengungen der Stadt verstärkt werden, gegen Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen vorzugehen. Der Einsatz von „Parkrangern“ und „Müllsheriffs“ ist dafür das richtige Mittel. Ein schneller und effektiver Winterdienst, der es allen ermöglicht, sich auch im Winter in der Stadt zu bewegen, gehört ebenfalls dazu.

## 13. KULTUR: TRADITION UND MODERNE VERBINDEN

Kultur ist das Fundament jeder Gesellschaft. In den verschiedenen Facetten kulturellen Lebens spiegelt sich das intellektuelle Potenzial der Menschen wider und vermittelt Energie für Innovationen zum Wohle zukünftiger Generationen – unabhängig von jeglicher sozialer oder nationaler Zugehörigkeit. Daher erwächst aus einem dynamischen Kulturleben nicht nur eine erhebliche wirtschaftliche Kraft, sondern eine feste Basis für das humane Zusammenleben in einer Bürgergesellschaft.

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Kulturlebens in der Landeshauptstadt ist folglich ein wesentlicher Pfeiler unseres politischen Handelns. Die hannoversche CDU steht dabei für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem vielfältigen und auch populären Kulturangebot in der Fläche und einer besonderen Förderung außergewöhnlicher Leistungen in der Hochkultur.

### **Leitziel 1: Kulturformen für eine breite Bevölkerung attraktiver gestalten**

Wir wollen die Vielfalt und Lebendigkeit an repräsentativen wie alternativen Kulturangeboten deutlicher im Be-

wusstsein der hannoverschen Bevölkerung verankern. Die Kulturszene insgesamt bedarf dazu einerseits einer zielgerichteten Förderung und Vermarktung; andererseits muss mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen noch stärker versucht werden, hier weiteren Spielraum durch private Engagements und Beiträge zu gewinnen. Die enge Begleitung der Neugründungen von Stiftungen und Fördervereinen ist uns ein wichtiges Anliegen. Bestehende kulturelle Freiräume sollen somit erhalten und durch neue Impulse bereichert werden – um so ein Klima der Offenheit in der Landeshauptstadt zu schaffen, die als Heimat traditioneller Elemente zugleich hohe Anreize für eine moderne und internationale Kulturlandschaft bietet. Der Bogen von einem Jahrhunderte bestehenden und tief verwurzelten Schützenwesen bis hin zum renommierten Festival Theaterformen kann in diesem Kontext exemplarisch gespannt werden. Ein solches Umfeld ist zudem zweifellos attraktiv für freie bzw. nicht städtisch geförderte Kulturbereiche. Die kommunale Kulturpolitik muss neben den in den Leitzielen 2 bis 6 beschriebenen Positionen vor allem Akzente in folgenden Bereichen setzen:

- **Museums- und Galerielandschaft:**

Die hannoverschen Museen sind gut aufgestellt und liefern auf ihrem Gebiet einzigartige Impressionen. Wir begrüßen ausdrücklich die Möglichkeit, dass unsere Geschichte künftig im Schloss Herrenhausen adäquaten Raum findet. Gleichwohl halten wir es für dringend notwendig, einen Museumsentwicklungsplan für die zukünftige Ausrichtung zu diskutieren und zu beschließen. Wir werden ferner nach Möglichkeiten suchen, wie die einst bedeutende Galerieszene neuen Schub bekommen kann.

- **Volkshochschule/Raschplatz-Pavillon:**

Wir stehen zu der kulturellen Trias, die sich mit der Volkshochschule an ihrem künftigen Standort, dem Historischen Museum sowie dem Ballhof ausdrücken wird. Die neu aufkommende Vitalität im Geiste wie auch die Belebung der Altstadt ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Suche nach Möglichkeiten, den Raschplatz-Pavillon als Ort unterschiedlichster Kulturprogramme, auch nach Nichtanbindung der Volkshochschule, weiter zu entwickeln, ist zu intensivieren.

- **Freie Theater:**

Die Freien Theater haben mit dem gemeinsamen Auftritt unter einer einheitlichen Marke einen wichtigen Schritt in die Zukunft gemacht. Künftig bedarf es allerdings einer Optimierung im Umgang zwischen bestehenden und neu

hinzukommenden Theatern; die Richtlinien des Theaterbeirats, zu dem wir uns bekennen, sind entsprechend moderat anzupassen.

- Bibliotheken:

Unsere Bibliotheken weisen erfreuliche Besucherzahlen auf und sind ein zentrales Bildungsangebot für die Menschen in unserer Stadt. Wir wollen uns bemühen, das bestehende Angebot auch in den Stadtteilen aufrechtzuerhalten. Der Einsatz neuer Ausleihtechniken sowie ein Angebot im Bereich neuer Medien sind konsequenter anzustreben.

- Musikalische Bildung:

Hannover bietet u. a. mit dem Sitz der Hochschule für Musik und Theater sowie einem herausragenden Chorangebot ein breites Spektrum für eine individuelle musikalische Entfaltung. Wir werden die Einrichtung eines Chorchhauses in der Christuskirche nach Kräften unterstützen. Prägend in der musikalischen Früherziehung, aber auch für Jugendliche und Erwachsene, ist darüber hinaus das Angebot der Musikschule Hannover, das für uns in keiner Weise zur Disposition steht.

- Kunst im öffentlichen Raum:

Hannover ist seit vielen Jahren eine Hochburg für Kunst im Öffentlichen Raum. Diese Vorreiterstellung darf nicht aufgegeben werden; sie erfordert allerdings laufend neue Inszenierungen sowie das Hinterfragen bisheriger Vorgehensweisen.

Die Skulpturenmeile, als markantestes Projekt, ist für uns von unverändert hohem Wert.

Unser Augenmerk ist darauf zu richten, wie wir allen Bevölkerungsschichten einen Zugang zu dem gesamten Angebot in der Landeshauptstadt ermöglichen.

### **Leitziel 2: Kulturgeschichte stärker fördern und vermarkten**

Die kulturelle Vergangenheit unserer Landeshauptstadt weist bedeutsame Bezüge zur Gegenwart auf, weil sie in vielerlei Hinsicht unvergessliche Momente hervorgebracht hat. Auf einige wesentlichen Punkte sei auszugsweise hingewiesen:

- In Hannover befindet sich der größte barocke Festsaal nördlich der Alpen.
- Das Grab von Goethes „Lotte“ befindet sich in Hannover.

- Die Schallplatte wurde in Hannover erfunden und erstmals produziert.
- Der Kuppelsaal wurde als historische Musikhalle mit einem internationalen Preis ausgezeichnet.
- Hannovers König Georg V. ist neben Friedrich dem Großen Deutschlands einziger komponierender Monarch.
- Für den großen Humoristen Wilhelm Busch war Hannover ein wichtiger Ort seines Schaffens.

Bedauerlicherweise weist nicht nur die nationale und internationale Bekanntheit unserer besonderen Kulturgeschichte Defizite auf; es mangelt augenscheinlich schon an einer Kenntnis und Einordnung etlicher Sachverhalte in der Stadt selbst. Diesen für eine Landeshauptstadt unwürdigen Zustand gilt es signifikant zu verändern.

Wir stehen daher voll hinter dem Wiederaufbau des Schlosses Herrenhausen, das die einzigartige Geschichte an seinem Ort und unter Einbezug der Herrenhäuser Gärten wieder aufleben lassen wird.

Aber auch weit weniger pompösen Bauten der hannoverschen Vergangenheit gilt unser Blick, wie z. B. dem Beguinenturm, dessen Teil-Restauration und Zugänglichmachung positiv zu sehen ist.

Darüber hinaus halten wir es für geboten, die historischen Friedhöfe, die unsere kulturelle Vergangenheit in nicht geringem Umfang dokumentieren, ihrer Bedeutung entsprechend zu behandeln und z. B. durch Einbindung in die Friedhofssatzung aufzuwerten.

### **Leitziel 3: Chancen für nationale und internationale Aufmerksamkeit nutzen**

Menschen in aller Welt verbinden mit ihrer eigenen Geschichte und Identität „unser Hannover“, das durch das Welfenhaus („The Hanoverians“) international bekannt und verbreitet ist. Dieses historische Netzwerk, das aus der niedersächsisch-hannoverschen Geschichte über Jahrhunderte erwachsen ist, bietet heute die einmalige Chance einer intensiveren internationalen Vermarktung der Landeshauptstadt Hannover:

Hannover als Wurzel des britischen Königshauses, als Kern der Personalunion, muss stärker zu dieser Geschichte stehen und sich zugleich mit einem solchen Alleinstellungsmerkmal als touristischer Anziehungspunkt etablieren. Dabei birgt etwa die Städtepartnerschaft zu Bristol noch Ausbaupotenziale.

Ein wichtiger Baustein in diesem Kontext ist wiederum das Schloss Herrenhausen nicht nur, weil es diesem Anspruch in hohem Maße gerecht wird, sondern auch aufgrund seiner Zukunft als Nukleus geistiger Höchstleistungen: hochkarätige Tagungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung werden an der Stelle, wo bereits der Universalgelehrte Leibniz seine Spuren hinterlassen hat, stattfinden und noch mehr internationales Flair in die Stadt tragen.

Dies ist essenziell, um die Universitätsstadt Hannover in ihrer Reputation noch weiter nach vorne zu bringen; Aktivitäten, wie sie unter dem Label „Wissenschaftsstadt“ bisher in eher geringem Umfang stattfinden, müssen intensiviert und fokussiert werden.

#### **Leitziel 4: Stadteilkulturarbeit weiter ausbauen**

Stadteilkultur schafft Gemeinschaft und setzt neue Impulse. Träger sind häufig ehrenamtlich Tätige in Vereinen, Verbänden und Gruppen. Zu diesen gehören beispielsweise über lange Zeit gewachsene, traditionelle Musik- und Heimatvereine genauso wie Initiativen, die sich über die Themen Kunst und Kultur für soziale Verbesserungen engagieren.

Unser Anliegen ist es, die bestehenden Kulturtreffs sowie das Angebot in den Freizeithäusern zu stützen.

Zugleich sollte die vorhandene Stadteilkulturarbeit noch konzentrierter als bisher die lokalen Besonderheiten aufgreifen und präsentieren. In diesem Zusammenhang sei etwa auf den Wiederaufbau der Bockwindmühle in Kleefeld (einschließlich Maßnahmen zu deren historischer Einordnung) ebenso verwiesen wie auf die Schaffung eines „Bürgerhauses“ in Groß-Buchholz, die Schaffung einer Begegnungsstätte in der Schwarzen Heide und die dringende Sanierung des Freizeithauses in Stöcken, um die Identität im Stadtteil und das Zusammengehörigkeitsgefühl vor Ort zu stärken.

In Linden verdient das dort ansässige Kulturzentrum Faust unser besonderes Augenmerk und eine neue Chance. Nachdem das Insolvenzverfahren abgeschlossen ist, bestehen durch die wiedergewonnenen Freiheiten gute Möglichkeiten, Programm und Bekanntheitsgrad auszuweiten – so dass ganz im Sinne des eigenen Leitbilds Faust weiterhin als der etablierte und „zentrale Ort in Linden“ wahrgenommen wird, an dem sich Menschen verschiedener Generationen und Kulturen begegnen.

Wir setzen uns daneben für die Schaffung von Kulturforen sowie für die gleichberechtigte Förderung des ehrenamtlichen Kulturschaffens in den Stadtteilen ein. Unsere

Stadtteile dürfen bei allem Engagement für zentrale Spitzenprojekte nicht aus dem Blick verloren gehen.

#### **Leitziel 5: Kulturelle Vielfalt als belebendes Element**

Niemand, der auf dem Fundament unserer Verfassung in Hannover lebt, muss die Kultur seines Herkunftslandes verleugnen. Sowohl die deutsche wie auch die hannoversche Geschichte sind geprägt von Innovationen, Veränderungen und Bereicherungen aus anderen Kulturkreisen dieser Welt. Respektvoller Umgang und Achtung fremder Kulturen setzen die Verbundenheit zur eigenen Herkunft und das Wissen darum voraus. Religiöse und kulturelle Toleranz sind gerade für eine christliche Partei ein „Markenzeichen“.

Das dafür nötige Fundament bieten die Werte der europäischen Aufklärung.

Wir setzen uns für die Förderung interkultureller Angebote ein. Dabei werden wir Wege aufzeigen, wie eine erhöhte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an unserem Kulturleben möglich ist und – umgekehrt – wie wir das Angebot anderer Kulturen in unser eigenes Leben einbeziehen können. Unser Ziel ist es, die gegenseitige Neugierde an der jeweiligen anderen Kultur zu wecken. Der Lokale Integrationsplan mit seiner Vielzahl an Einzelmaßnahmen kann hierbei gut herangezogen werden.

#### **Leitziel 6: Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht scheuen**

Die Erinnerungskultur ist für uns ein unverzichtbares Element der kommunalen Kulturpolitik. Die Schrecken der Vergangenheit müssen transparent bleiben oder werden. Wir nehmen keine Hierarchisierung menschlichen Leids vor, sondern sind bestrebt, für jedes Schicksal eine angemessene Form der Darstellung und Erinnerung zu suchen.

Explizit behalten wir aber das Verlegen von Stolpersteinen, wahrgenommen als kleine Grabsteine im öffentlichen Raum, denjenigen Opfern der NS-Zeit vor, die seinerzeit ein „einzigartiges“ Schicksal, den Tod, erlitten haben.

Wir stehen zugleich für eine intensive Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Geschichte. Dies gilt insbesondere im Kontext von Straßen, deren Namensgeber heute politisch kontrovers diskutiert werden. Sie fordern uns deshalb besonders heraus, weil sie zugleich Zeugen ihrer Zeit sind. Daher lehnen wir die ständige Änderung von Straßennamen ab und ziehen sachgerechte Erklärungen und Hinweise im historischen Kontext einer scheinbaren Negierung der Geschichte vor.

## 14. HAUSHALT UND FINANZEN: SOLIDE FINANZPOLITIK SICHERT HANNOVERS ZUKUNFT!

Die CDU-Hannover steht für eine kompetente und den Verhältnissen angemessene Finanzpolitik. Solide Finanzen sind die Grundlage einer nachhaltigen und gerechten Kommunalpolitik. Hannover hat die weltweite Finanzkrise im Gegensatz zu vielen anderen Großstädten mit nur kleinen Blessuren bewältigt. Daher ist die finanzielle Schiefelage der Stadt nicht allein der Finanzkrise geschuldet, sondern hat viele Gründe.

SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben ihr Ziel, den städtischen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen, trotz vieler unsozialer Maßnahmen nicht erreicht. Trotz – im Vergleich zu anderen Städten – hoher Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2010 gelang es ihnen nicht, einen ausgeglichenen Haushaltsplan für 2011 vorzulegen. Rot/Grün hat es versäumt, in Jahren mit hohen Steuereinnahmen den Haushalt zu konsolidieren und Rücklagen für schlechte Zeiten zu schaffen. Trotz sieben Haushaltssicherungskonzepten haben SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN es nicht geschafft, bestehende Defizite abzubauen, weil parallel immer wieder neue Projekte eingeführt wurden. Die grundsätzlichen Haushaltsprobleme der Stadt Hannover sind daher durch die Misswirtschaft von Rot/Grün über die Jahre stetig angewachsen.

Die CDU will durch eine neue, gerechte Finanzpolitik die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Landeshauptstadt Hannover wieder herstellen. Im Sinne von mehr Generationengerechtigkeit sind heute Gestaltungsspielräume für nachfolgende Generationen zu schaffen. Daher fordert die CDU:

- Der Haushalt muss den Ansprüchen aller Generationen gerecht werden und zugleich dafür sorgen, dass keine übermäßigen Kosten auf kommende Generationen verlagert werden.
- Steigende Steuereinnahmen dürfen nicht zu einer Ausweitung des Etats führen, sondern müssen konsequent zum Abbau von Schulden und zur Bildung von Rücklagen verwendet werden.
- Investitionen sind verstärkt für den Ausbau von Bildungseinrichtungen und Kindertagesstätten zu verwenden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.

- Neue Aufgaben sind durch Umschichtung von Mitteln statt durch neue Schulden zu finanzieren. Zugleich sind die laufenden Ausgaben stetig mit Sorgfalt und Augenmaß auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und einer Zweckkritik zu unterziehen. Dies ist die Stadt ihren Steuerzahlern schuldig.
- Die Budgets für die Bezirksräte haben sich bewährt. So bietet es sich an, ihnen auch für andere städtische Einrichtungen, z. B. Stadtteilbüchereien etc., die Mittel zu übertragen. So sollen die Bezirksräte echte Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können.

## 15. SPORT: HANNOVER BEWEGEN!

Sport ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Teil ihrer Freizeitgestaltung. Sport ist gut für Fitness und Gesundheit und wird oft in Vereinen betrieben. Gleichzeitig können dort neue soziale Kontakte geknüpft werden. Deshalb setzt die CDU sich für den Erhalt der Vielfalt der Sportvereine in Hannover ein.

Die CDU unterstützt sportliche Aktivitäten der Hannoveranerinnen und Hannoveraner auf allen Ebenen, also im Breiten-, Leistungs-, Spitzen- und Vereinssport. Der Spitzensport hat einerseits eine Vorbildfunktion für junge Menschen und führt andererseits zu positiven Assoziationen mit Hannover. Darüber hinaus sind die jungen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler, die Hannover vertreten, Repräsentanten unserer Landeshauptstadt.

Der Breitensport mit seinen unterschiedlichsten Sportarten bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, unabhängig von Alter und Neigung, Sport zu treiben. Ein wichtiges Bindeglied zwischen Sporttreibenden und Vereinen sind die Übungsleiter. Die Übungsleiter sorgen in den Vereinen unter anderem dafür, dass die Kinder in den Vereinen nachmittags betreut und sportlich angeleitet werden.

Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass sich die Stadt stärker an den Kosten für die Übungsleiter beteiligt, sodass mehr Übungsleiter beschäftigt werden können. Außerdem fordern wir, dass Gelder für neue Sportgeräte bereitgestellt werden, um veraltete und beschädigte Geräte zu ersetzen.

Um Sport im Verein zu betreiben, werden zweckmäßig ausgestattete (Schwimm-)Hallen benötigt. Da viele Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut wurden und somit ihre Hallen stärker nutzen, stehen sie den Vereinen oft nicht

zur Verfügung. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass die Belegung der Hallenzeiten zwischen Schulen und Vereinen abgestimmt und optimiert wird. Wenn dies nicht ausreichen sollte, um den Bedarf der Vereine zu decken, müssen Sporthallen neu gebaut werden.

Zu den Vereinssporthallen und Vereinssportanlagen fordern wir von der Stadt finanzielle Unterstützung für die energetische Sanierung, damit die Vereine durch deutlich geringere Betriebskosten entlastet werden. Ein Ausgleich dafür könnte im städtischen Haushalt durch die Übertragung der städtischen Schwimmbäder auf die Stadtwerke AG geschaffen werden.

## **16. BÜRGERNAHE VERWALTUNG: GUTER SERVICE!**

Verwaltung ist Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Genau dadurch zeichnet sich eine bürgernahe Stadtverwaltung aus. Dabei verfolgt die CDU das Ziel, dass öffentliche Aufgaben effizient, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert sowie mit hoher Qualität erfüllt werden.

Die CDU fordert Öffnungszeiten, die mit den Arbeitszeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vereinbar sind. Die CDU fordert weiter eine Organisation und Aus-

stattung der Stadtverwaltung, die die schnellere Bearbeitung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Da sich auch immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund bei Behördengängen mit ihren Fragen und Problemen an die Stadtverwaltung wenden, fordert die CDU, mehr Migranten in der Stadtverwaltung zu beschäftigen.

Die CDU fordert den weiteren Ausbau elektronischer Serviceangebote und Bürgerdienste (E-Government) und auch der Möglichkeiten am privaten PC Informationen abzurufen, Formulare zu bearbeiten und zu versenden.

## **17. BEZIRKS RÄTE: STARKE POLITIK VOR ORT!**

Die seit über 25 Jahren bestehenden Bezirksräte haben sich bewährt. Hier findet echte Politik vor Ort statt. Die CDU fordert, die Kompetenzen der Bezirksräte nicht nur zu erhalten, sondern zielgerichtet zu erweitern. Die Bezirksräte müssen mehr Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen können, da sie mit den Verhältnissen vor Ort am besten vertraut sind.

Das Ziel der CDU ist es, bereits im Vorfeld der städtischen Haushaltsplanberatungen mehr Transparenz für örtliche Maßnahmen zu schaffen und den Bezirksräten für diese ein eigenes Budget zu geben.



